

# Wiener Landtag

19. Wahlperiode

8. Sitzung vom 20. Oktober 2011

---

## Wörtliches Protokoll

### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	S. 3	Abg David Ellensohn	S. 14
		Abg Henriette Frank	S. 16
2. 03973-2011/0001-MDLTG: Gemäß § 120 (4) WStV Einberufung des Wiener Landtages durch Präsident Prof Harry Kopietz mit dem Thema "Ende der SPÖ/Grünen Belastungspolitik – Aus für das Wiener Valorisierungsgesetz!"	S. 3	Abg Ingrid Schubert	S. 18
		Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 19
		StR DDr Eduard Schock (tatsächliche Berichtigung)	S. 22
		Abg David Ellensohn (tatsächliche Berichtigung)	S. 22
3. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	Abg Mag Dr Barbara Kappel	S. 22
		Abg Henriette Frank (tatsächliche Berichtigung)	S. 25
4. 03973-2011/0001-MDLTG: Verlangen des Klubs der Wiener Freiheitlichen zum Thema "Ende der SPÖ/Grünen Belastungspolitik – Aus für das Wiener Valorisierungsgesetz!"		Abg Ernst Holzmann	S. 25
Begründung durch Abg Mag Johann Gudenus, MAIS		Abg Dr Monika Vana	S. 26
Rednerinnen und Redner:		Abg Mag Johann Gudenus, MAIS (tatsächliche Berichtigung)	S. 27
StR DDr Eduard Schock	S. 4	Abg Ing Bernhard Rösch	S. 27
StR Mag Manfred Juraczka	S. 7	Abg Georg Niedermühlbichler	S. 28
Abg Dipl-Ing Sabine Gretner	S. 8	Abg Anton Mahdalik (tatsächliche Berichtigung)	S. 29
Abg Dr Wolfgang Aigner	S. 9	Abg Birgit Hebein	S. 29
Abg Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 11		
Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 13	5. Präsident Prof Harry Kopietz dankt dem ausscheidenden Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates Dipl-Ing Sabine Gretner für ihre Tätigkeit	S. 9



(Beginn um 9.01 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen guten Morgen, meine Damen und Herren!

Ich eröffne die 8. Sitzung des Wiener Landtages.

Entschuldigt sind die Frau LhptmStin Mag Vassilakou und die Frau Amtsf StRin Frauenberger. Beide sind leider erkrankt. Die Frau LhptmStin Mag Brauner ist von 10 Uhr bis 12 Uhr dienstlich verhindert. Abg Baxant ist krank, die Abg Mag Anger-Koch beruflich verhindert, Abg Kops beruflich verhindert, Frau Abg Schrödl auf Dienstreise und Frau Abg Dr Vitouch ebenfalls auf Dienstreise.

Vom Klub der Freiheitlichen wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Landtages zum Thema „Ende der SPÖ/Grünen Belastungspolitik – Aus für das Wiener Valorisierungsgesetz!“ eingebracht.

Ich habe in Entsprechung des § 120 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung in Zusammenhalt mit § 8 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien zu dieser 8. Sitzung eingeladen. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in der Sitzung des Landtages auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden. Den Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und dringlichen Initiativen haben wir in der Fraktionsvereinbarung festgeschrieben.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 in Zusammenhalt mit § 31 Abs 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass eine schriftliche Anfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien eingelangt ist.

Wir kommen nun zur Besprechung des Verlangens. Zur Begründung hat sich Herr Abg Mag Gudenus zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt ist. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben diese heutige Sonderlandtagssitzung verlangt, mit fast demselben Titel, mit dem vor drei Jahren auch schon ein Sonderlandtag von den damals noch drei Oppositionsparteien verlangt wurde: „Ende der SPÖ-“ – und jetzt auch grünen – „Belastungspolitik – Aus für das Wiener Valorisierungsgesetz!“ Wir haben diesen Titel natürlich absichtlich gewählt, weil wir vor drei Jahren noch gemeinsam mit der jetzigen Regierungspartei der GRÜNEN gegen die Abzocke der Wiener Stadtregierung, gegen die Misswirtschaft aufgetreten sind.

Sie können sich erinnern, vor drei Jahren hat die weltweite Krise begonnen. Heute stehen mittlerweile Millionen Menschen auf der Straße, sie protestieren gegen Spekulanten, die ganze Staaten zugrunde richten. Ich habe nichts gegen einen friedlichen Protest einzuwenden, solange er nicht ausartet, und, ja, die Wut auf diese Finanzhaie ist nachvollziehbar. Die Wut ist wirklich nachvollziehbar, weil die Menschen und die Staaten regelrecht enteignet und unterjocht werden und deswegen können wir diese Wut auch verstehen.

Wir konnten erst vor ein paar Tagen in der Zeitung lesen, dass sogar der Herr Bgm Häupl Verständnis für die Demonstranten hat. Er hat gesagt, er versteht die

Wut der Menschen, die auf die Straße gehen – das freut mich, das ist sehr interessant –, er hat unlängst auch gesagt, es geht uns ums Sparbuch der Omama. Also er tritt da für die Ersparnisse der sogenannten kleinen Leute ein. Aber was der Herr Bürgermeister geflissentlich verschweigt, ist, dass er, der Herr Lhptm Häupl, und die Finanzstadträtin Brauner in Wahrheit die Oberspekulanten hier in Wien sind. Das sind die Spekulanten, die in Wirklichkeit mit den Steuergeldern der Wienerinnen und Wiener ins Casino gehen, und das ist genau das, weswegen die Leute auf die Straße gehen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Hier wird völlig ungeniert das Geld der Wienerinnen und Wiener verzockt. Bei uns in Wien kann man eines sagen: Bei uns sitzen die Spekulanten nicht in den Hedgefonds, bei uns sitzen die Spekulanten auf der Regierungsbank hier im Rathaus. Das muss man feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Da sind wir gleich beim Thema Währungsspekulationen. Wir haben schon festgestellt, es gibt kein Risikomanagement – der Rechnungshof hat das bestätigt –, die Frau Brauner hat jedoch 52 Prozent der Schulden dieser Stadt in Schweizer Franken, im Vergleich zum Bund, wo 1,5 Prozent der Schulden in Franken vorhanden sind, aber Hauptsache der Herr Bgm Häupl geht hin und sagt, es geht uns ums Sparbuch der Omama.

Da frage ich mich schon: Wie geht es ihm ums Sparbuch der Omama? Will er es schützen oder will er es auch noch haben? Die Frage stelle ich jetzt ganz explizit, denn 240 Millionen EUR Buchverluste in Schweizer Franken bedeuten für jeden Haushalt eine Belastung von 140 EUR. Man hätte die Schweizer Franken schon im Jänner des Jahres 2010 abstoßen können und müssen. Nichts ist passiert, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und das ist die verantwortungslose Politik der SPÖ-Wien.

Aber was auch immer diese Zocker auf der Regierungsbank in die Hand nehmen, geht schief. In der AVZ-Stiftung wurden 1,5 Milliarden EUR vernichtet. 1,5 Milliarden EUR wurden in der AVZ-Stiftung vernichtet! Dieses Thema werden wir in Zukunft, in den nächsten Monaten, noch genauer mit Ihnen besprechen, denn hier ist einiges in Schieflage. Also jeder, der ins Casino geht und so viel Geld verzockt, wäre als Privatperson schon längst gesperrt, aber hier kann die SPÖ in der Stadtregierung mit dem Geld der Steuerzahler ungeniert weiterzocken. Sie haben das ganze Wiener Finanzmanagement zu einem in Schieflage geratenen Hedgefonds gemacht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Diese Kritik müssen Sie sich gefallen lassen.

Aber der Herr Bgm Häupl geht her und sagt – ich zitiere: „Wir müssen jedenfalls ein weiteres Auseinanderfallen der Gesellschaft verhindern und nicht bei jenen Menschen sparen, die Unterstützung und Hilfe brauchen. Wir müssen die kleinen Leute schützen. Es kann nicht sein, dass die kleinen Leute ihr hart erspartes Geld verlieren.“ Ja, was ist denn dann die Gebührenerhöhung, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gebührenerhöhung, die jeden hier in Wien trifft? Die kleinen Leute,

die reicheren Menschen, jeden Menschen trifft diese Gebührenerhöhung. Das ist vollkommen unsozial, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nehmen Sie diese Gebührenerhöhung zurück! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie tragen die Hauptschuld an den exorbitant steigenden Lebenshaltungskosten in Wien. Sie tragen die Hauptschuld! Der beste Freund der SPÖ ist die Inflation. Sie machen das gemeinsam, Sie tragen die Hauptschuld, und ich darf hier zitieren, was die nunmehrige Vizebürgermeisterin noch vor drei Jahren gesagt hat: „Die Roten haben gegen den Widerstand der gesamten Opposition das Valorisierungsgesetz durchgepeitscht. Es ermöglicht den Sozialisten, ohne Einbeziehung der demokratischen Kräfte in regelmäßigen Abständen die ohnehin weit überhöhten Gebühren anzuheben.“

Und was machen die GRÜNEN jetzt? Die Frau Vassilakou segnet das eiskalte Aussackeln der Bürger auch noch brav ab. Das, was sie noch vor drei Jahren zu Recht als Sozialverrat bezeichnet hat, wird von den GRÜNEN jetzt abgesegnet. Und das ist eine Politik, die die Wienerinnen und Wiener nicht gutheißen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da werden die Bürger ungeniert zur Kassa gebeten. Es geht zwar ums Sparsbuch der Omama, aber die GRÜNEN sind mittlerweile bereit, ihre eigene Großmutter zu verkaufen. So schaut die Politik der GRÜNEN in Wien aus.

Wir jedenfalls bleiben dabei: Das Valorisierungsgesetz in Wien ist zurückzunehmen. Weg mit diesem Valorisierungsgesetz! *(Beifall bei der FPÖ.)* Wir stellen daher heute einen Beschlussantrag – das ist der erste Beschlussantrag heute –, dass der Landtag beschließen möge:

„Der Landtag spricht sich dafür aus, dass der Gemeinderat hinkünftig wieder die Entscheidungshoheit über die Festlegung der Höhe von Gebühren wahrzunehmen hat. Das Valorisierungsgesetz ist bis Jahresende 2011 aufzuheben.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist wortgleich genau der Antrag, der von den GRÜNEN vor drei Jahren eingebracht wurde. Es handelt sich hier bei den Gebührenerhöhungen ganz klar um eine illegale Steuer. Und nicht nur das. Diese Gebührenerhöhung und das gesamte Valorisierungsgesetz sind verfassungswidrig. Sie verstoßen damit eindeutig gegen die Verfassung, weil das Kostendeckungsprinzip gilt. Das heißt, es können keine Gewinne gemacht werden, es dürfen keine Gewinne gemacht werden. Wir werden daher auch schauen, dass der Verfassungsgerichtshof in dieser Frage eingeschaltet wird.

Aber damit nicht genug. Das Valorisierungsgesetz ist auch EU-rechtswidrig. Es gibt eine Richtlinie, die sogenannte Wasserrahmenrichtlinie, in der das Kostendeckungsprinzip ausdrücklich geregelt ist. Und Sie als EU-hörige Politiker, Sie verstoßen plötzlich auch gegen das EU-Recht, wenn es darum geht, die Wienerinnen und Wiener auszusackeln. Und das ist besonders schäbig, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Ergebnis dieser unsozialen Politik in Wien: Fast 100 000 Wienerinnen und Wiener sind auf die Sozialhilfe angewiesen. Jeder sechste Wiener lebt an oder unter der Armutsgrenze. und die Armutgefährdung von Kindern ist in Wien um 70 Prozent höher als im restlichen Österreich. Und da machen die GRÜNEN voll mit, da hört man nichts von den GRÜNEN, aber wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir Freiheitlichen wollen Ihnen als ehemaligem Oppositionspartner die Gelegenheit geben, zur Vernunft zurückzukehren. Sie haben heute die Wahl zwischen Vernunft oder Verrat. Nehmen Sie diese Entscheidung ernst! Stimmen Sie unserem Antrag zu! Weg mit dem Valorisierungsgesetz! Dann können wir Sie als Politiker in Wien wieder ernst nehmen. Wir kämpfen gemeinsam. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kämpfen wir gemeinsam gegen die Spekulanten, egal, ob auf der Wall Street, egal, ob auf der Regierungsbank. Das sollte unser Ziel sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kämpfen wir gegen die Verarmung weiterer Bevölkerungsschichten! Auch das sollte unser Ziel sein, diese Verarmung einzudämmen. Kämpfen wir für das Wohl der Wienerinnen und Wiener! Gemeinsam, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Ich eröffne die Debatte. Für die nun folgenden Wortmeldungen darf ich bemerken, dass die Redezeit für den Erstredner jeder Fraktion 30 Minuten beträgt, die Redezeit jedes weiteren Redners ist mit 15 Minuten begrenzt. Als nächster Redner hat sich Herr StR DDr Schock zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. – Bitte, Herr Stadtrat.

StR DDr Eduard **Schock**: Guten Morgen, Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben diese Sondersitzung einberufen, weil man ja nicht oft genug auf die Doppelbödigkeit hinweisen kann, auf die ungeheure Doppelbödigkeit, mit der die SPÖ hier in Wien agiert. Der Herr Bundeskanzler fordert eine Reichensteuer, eine Millionärssteuer, während Sie hier in Wien genau das Gegenteil tun, meine Damen und Herren, genau das Gegenteil, nämlich gerade die armen Haushalte zu belasten mit einer Wassersteuer, die ja eine Kopfsteuer ist, die pro Kopf gleich hoch ist. Sie belasten mit dieser Wassersteuer genau die ärmsten Haushalte, also jene Menschen, die Sie angeblich in Schutz nehmen wollen.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben diese Sondersitzung auch wegen der ungeheuren Doppelbödigkeit einberufen, mit der vor allem die GRÜNEN hier agieren. Die Frau Vassilakou hat ja genau vor drei Jahren hier gemeinsam damals mit uns und auch mit der ÖVP ein Entlastungspaket gefordert. Sie hat wörtlich damals vor drei Jahren – und daran hat sich ja nichts geändert, im Gegenteil – von einem Körpergeld gesprochen, und, meine Damen und Herren, sie hat damals diesen Antrag eingebracht, genau dieses Valorisierungsgesetz, um das es hier geht, zurückzunehmen.

Doch heute, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, heute tun Sie genau das Gegenteil. Sie führen eine Wassersteuer ein, die Mieten sind erhöht worden per 1. Oktober, wo damals der Herr Ellensohn dage-

gen angekämpft hat, Sie haben den Preis für das Gas um 15 Prozent erhöht, seit Sie in der Regierung sind. Daran sieht man ja, wie Sie in dieser Koalition umgefallen sind, meine Damen und Herren, wie Sie für ein paar Posten, für ein paar Pfründe in Wirklichkeit alles über Bord geworfen haben.

Wir haben daher heute genau diesen Antrag eingebracht, den Sie vor drei Jahren eingebracht haben, den die Frau Vassilakou damals eingebracht hat. Wir haben diesen Antrag eingebracht, und wir werden heute die Nagelprobe machen, ob Sie zu Ihrem Wort stehen oder ob Sie wieder einmal umfallen für ein paar Pfründe und für ein paar Posten, meine Damen und Herren von den GRÜNEN. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und weil das immer abgestritten wird, meine Damen und Herren, zuletzt vom Kollegen Schicker etwa, vom Herrn Klubobmann, der gemeint hat, es gibt in Wirklichkeit gar keine Überschüsse: Der Rechnungshof hat das alles penibelst nachgerechnet, und der Rechnungshof hat ja in einem ganz aktuellen Bericht festgestellt, dass die Berechnungen der Frau Brauner falsch sind, dass ihre Kalkulationen etwa nur auf Grund der Voranschläge erfolgen, dass es keine Nachkalkulation gibt. Der Rechnungshof hat kritisiert, dass die Berechnungen der Frau Brauner einfach falsch sind, weil zum Beispiel Erlöse fehlen. Da hat der Rechnungshof beim Nachrechnen festgestellt, dass die Frau Brauner Anlagenverkäufe oder bestimmte Leistungserlöse hier einfach nicht einbezieht in die Rechnung, dass sie aber andererseits zu viele Kosten hineinberechnet, Kosten etwa für betriebsfremde Ansätze, die mit dem Wasser, mit dem Kanal überhaupt nichts zu tun haben.

Meine Damen und Herren! Was die Folge davon ist, dass die Frau Brauner hier Kosten übermäßig berücksichtigt, aber Erlöse einfach herausfallen lässt, das kann man sich ja an den Fingern einer Hand ausrechnen. Die Folge ist natürlich, dass die Frau Brauner in ihrer Rechnung dann keine Überschüsse ausweist. Der Rechnungshof kritisiert ja sogar, dass die Frau Brauner nicht einmal eine Kostenrechnung hat, und er fordert daher, überhaupt einmal eine Kostenrechnung einzuführen.

Meine Damen und Herren! Das Gleiche war auch beim Cross Border Leasing der Fall. Da hat die Frau Brauner einen Kredit aufgenommen im Volumen von 120 Millionen EUR und diese Volumina dann wieder veranlagt. Und raten Sie einmal, wie die Frau Brauner das verbucht hat? Die Kosten hat sie natürlich hier wieder im Gebührenhaushalt verrechnet, aber die Erlöse aus dieser Transaktion, die natürlich auch dazugehören, die hat die Frau Brauner einfach nicht berücksichtigt, meine Damen und Herren. Es ist daher natürlich auch diese Rechnung beim Cross Border Leasing falsch. Der Rechnungshof hat das im Finanzausschuss auf Nachfrage auch bestätigt und beziffert, dass es hier um ein Volumen von mindestens zwei Millionen geht, mit dem die Gebührenzahler doppelt belastet worden sind.

Meine Damen und Herren! Es werden durch diese falschen Berechnungen in Wahrheit ja auch unsere Betriebe in Wien belastet, es werden gut gehende Betriebe ruiniert, die Eigenkapitalbasis dieser Betriebe in Wien

immer mehr ausgehöhlt, erodiert. Es gibt da auch – und das ist vielleicht ganz interessant – ein abschreckendes Beispiel auf Bundesebene, nämlich die Bundespost, unsere österreichische Bundespost, die ja jahrelang, als das noch ein Monopol war, Überschüsse erwirtschaftet hat – gewaltige Überschüsse, 10 Milliarden Schilling damals und mehr – und die damals diese Überschüsse ebenfalls an das Bundesbudget abliefern musste.

Meine Damen und Herren! Man hat die Post damals gezwungen, diese Überschüsse abzuliefern und gleichzeitig Schulden zu machen. Man hat dafür ein eigenes Gesetz geschaffen, das Fernmeldeinvestitionsgesetz, und man hat die Post dadurch überschuldet. Die Probleme, die unsere Post heute hat, am Markt zu bestehen, im Wettbewerb zu bestehen, diese Probleme unserer Post rühren genau daher, dass sie damals ausgeräumt wurde fürs Bundesbudget und dass sie Schulden machen musste.

Meine Damen und Herren! Das sind in Wahrheit Tricks, Tricks, die nicht nur den Gebührenzahlern schaden, sondern eben auch unseren Wiener Betrieben. Das sind Tricks, die der MA 31, der Wasserabteilung, schaden, Tricks, die auch Wien Kanal schaden, Tricks, die auch der MA 48 schaden, der Müllabfuhr. Das sind Tricks, meine Damen und Herren, weil die Frau Brauner diesen Betrieben ihre Überschüsse einfach wegnimmt, und wenn sie dann Geld für große Investitionen brauchen und keines haben, dann sagt man diesen Betrieben, du musst auf den Kapitalmarkt gehen, du musst halt Schulden aufnehmen.

Und genau das ist passiert, meine Damen und Herren, und genau das hat der Rechnungshof auch kritisiert. So etwas nennt man bei uns ganz einfach Taschenspielertricks. Und was sagt die Frau Brauner dazu, wenn der Rechnungshof davor warnt, den Betrieben diese kameralen Überschüsse wegzunehmen, was sagt die Stadträtin dazu, wenn der Rechnungshof empfiehlt, eben genau das nicht zu tun, sondern diese Überschüsse anzusparen und dann für Investitionen zu verwenden? Was sagt die Frau Brauner dazu? Sie sagt überhaupt nichts dazu. Als dieser Rechnungshofbericht im Ausschuss behandelt worden ist, hat sie sich vor der Beantwortung gedrückt. Da lässt sie die Beamten sprechen, da schickt sie den Herrn Bereichsleiter, den Herrn Finanzdirektor ins Feuer, lässt diesen argumentieren, aber die Stadträtin selbst sagt zu diesen massiven Vorwürfen des Rechnungshofes überhaupt nichts. Sie drückt sich vor der Beantwortung, meine Damen und Herren.

Frau Stadträtin! Das ist keine Art. So kann man ja nicht mit Kritik umgehen. Ich fordere sie daher auf: Drücken Sie sich doch nicht länger hier vor einer Antwort! Kommen Sie heute im Rahmen dieser Sondersitzung oder auch morgen im Gemeinderat heraus und nehmen Sie endlich Stellung zu diesen Vorwürfen des Rechnungshofes! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof hat genau das bestätigt, was wir Freiheitlichen immer kritisiert haben: Dass die Kostendeckung eben weit über 100 Prozent liegt. Die Frau Brauner tut daher etwas, wofür sie keine Kompetenz hat, nämlich eine Steuer einzufüh-

ren, eine Steuer auf die Lieferung von Wasser, obwohl es dafür keinen Steuergegenstand in der Verfassung gibt. Die Frau Brauner hebt hier verfassungswidrig eine Steuer ein, eine Wassersteuer.

Meine Damen und Herren! Weil hier die SPÖ-Abgeordneten immer argumentieren, das stimmt nicht, da fehlen Investitionen, oder sonst irgendwelche Ausflüchte haben: Der Rechnungshof hat das schwarz auf weiß nachgerechnet, und zwar auch in der kameralistischen Berechnung, bei der natürlich die Investitionen mit drinnen sind, und zwar voll auf der Ausgabenseite. Da hat der Rechnungshof massive Überschüsse festgestellt. In 3 Jahren waren es beim Kanal 55 Millionen, beim Müll 102 Millionen und beim Wasser sogar 191 Millionen EUR.

Aber, meine Damen und Herren – weil das immer wieder abgestritten wird, so andeutungsweise, aber ohne genauere Begründung dann –, der Rechnungshof hat das natürlich auch betriebswirtschaftlich nachgerechnet mit Kostendeckungsgraden, und der Rechnungshof hat hier schwarz auf weiß auch in doppischer Berechnung nachgerechnet, dass hier Kostendeckungsgrade von weit über 100 Prozent vorliegen. Beim Wasser sind es 114 Prozent, beim Kanal 115 Prozent und beim Müll eben 119 Prozent.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen das nicht anzuzweifeln. Wir sollten das endlich einmal außer Streit stellen, was der Rechnungshof hier berechnet hat. Doch Sie haben im Dezember genau das vor, was durch die Verfassung durch das Äquivalenzprinzip verboten ist, nämlich die Einhebung einer neuen Steuer.

Ich sage Ihnen daher heute schon, wir werden das bei den Höchstgerichten, beim Verfassungsgerichtshof bekämpfen, denn der Rechnungshof und auch der Verfassungsgerichtshof haben ja festgestellt, dass dieses Äquivalenzprinzip natürlich auch in der Finanzverfassung weiter gilt, dass es zwar im Jahr 1997 einmal gelockert worden ist, aber dass es ganz klar weiter gilt. Der Verfassungsgerichtshof hat ganz klar festgestellt, dass die Gemeinden natürlich nicht ermächtigt sind, zusätzlich noch eine Steuer einzuheben, was Sie hier genau tun. Das hat der VfGH schwarz auf weiß festgestellt, meine Damen und Herren, dass die Gemeinden nicht durch das Hintertür eine neue Steuer erfinden dürfen.

Aber genau das, meine Damen und Herren, passiert. Das haben Sie im Dezember vor, aber, meine Damen und Herren von der SPÖ, wir sollten hier endlich einmal das, was der Rechnungshof nachgerechnet hat, außer Streit stellen. Manche sozialistische Abgeordnete, etwa der Herr Strobl im Finanzausschuss oder auch der Klubobmann Schicker selbst, zuletzt in einer Aussendung, behaupten hier immer, das stimmt alles nicht. Meine Damen und Herren, wenn Sie sagen, das stimmt alles nicht, Herr Klubobmann und Herr Kollege Strobl, glauben Sie etwa dem Rechnungshof nicht, glauben Sie den Experten nicht, die dafür da sind, genau das nachzurechnen, sowohl kameralistisch als auch betriebswirtschaftlich in doppischer Berechnung? Glauben Sie dem Rechnungshof das nicht?

Meine Damen und Herren! Das heißt in Wirklichkeit

nichts anderes, als dass die Frau Brauner in ihrer Geldnot, um ihre Schlamperei, die in den letzten Sitzungen immer mehr zutage gekommen ist, zu finanzieren, um ihre Misswirtschaft jetzt zu finanzieren, hier eine neue Steuer erfindet, eine neue Wassersteuer. Ich kündige Ihnen aber heute schon an, meine Damen und Herren: Wir werden alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, wir werden diese Steuer bekämpfen, wir werden sie vor dem Verfassungsgerichtshof bekämpfen, und wir werden diese Steuer der Frau Brauner zu Fall bringen. Im Interesse der Wienerinnen und Wiener werden wir das zu Fall bringen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Genauso verhält es sich auch beim Strom, aber auch beim Gas. Das schaut betriebswirtschaftlich genauso aus. Beim Gas gibt es ebenfalls eine Kostendeckung von weit über 100 Prozent. Schauen wir uns das Betriebsergebnis von Wien Energie einmal an, meine Damen und Herren. Das hat sich verdoppelt in den letzten drei Jahren, und das Betriebsergebnis ist ja nichts anderes als der Gewinn aus dem Kerngeschäft, aus dem Stromgeschäft, aus dem Gasgeschäft. Wenn man gleichzeitig sieht, welchen Werbeaufwand die Wiener Stadtwerke betreiben, wie hier die ganz Stadt mit Plakaten zugepflastert wird, wie hier alle Hochglanzillustrierten, alle Tageszeitungen mit Inseraten von Wien Energie überflutet worden sind, dann sieht man schon, dass das alles auf Kosten der Stromkunden, der Gaskunden passiert, meine Damen und Herren, und dass diese 15-prozentige Erhöhung beim Gas in Wirklichkeit überhaupt nicht notwendig war.

Meine Damen und Herren! Auch der Vergleich macht uns sicher, wenn wir uns die anderen Anbieter anschauen. Schauen wir uns einmal die anderen Anbieter im restlichen Österreich an, ob das überall so teuer ist, wie im rot-grünen Wien. Schauen wir uns das an etwa bei einem Haushalt mit nur geringem Stromverbrauch, bei einem Singlehaushalt etwa oder einem Pensionistenhaushalt. Da ist der günstigste Anbieter Wels Strom mit Kosten von 598 EUR, der zweitgünstigste Anbieter ist dann der Verbund mit Kosten von 600 EUR, dann kommt das E-Werk Gösting mit 610 EUR, viertens die Vorarlberger mit 627 EUR, fünftens Naturstrom mit 637 EUR, sechstens Ökostrom 653 EUR, siebentens die Firma switch mit 654 EUR, dann Unsere Wasserkraft und dann erst, meine Damen und Herren, ganz am Schluss Wien Energie als teuerster Anbieter mit 680 EUR.

Das heißt, meine Damen und Herren, schon ganz ein kleiner Haushalt, ein Pensionistenhaushalt etwa, kann sich durch den Wechsel des Anbieters hier im rot-grünen Wien 82 EUR ersparen, 82 EUR, einfach indem er den Anbieter wechselt.

Meine Damen und Herren! Schauen wir uns das Gas an. *(Zwischenrufe von Abg Mag Rüdiger Maresch.)* Herr Kollege Maresch, schauen wir uns das Gas an, schauen wir uns einen durchschnittlichen Wiener Haushalt an, der mit Gas heizt. Schauen wir uns das an, Herr Kollege Maresch, ob das überall so teuer ist wie hier bei uns im rot-grünen Wien.

Da ist der billigste Anbieter goldgas mit 995 EUR, der

zweitgünstigste Anbieter ist die Kelag, dann kommt drittens MyElectric mit 1 029 EUR, der vierte Anbieter ist die Energie Klagenfurt mit 1 057 EUR, dann kommt die Firma switch an fünfter Stelle mit 1 107 EUR, dann Unsere Wasserkraft mit 1 135 EUR, dann die Gas-Wärme, siebentens, mit 1 136 EUR und wieder, Herr Kollege Maresch, ganz am Schluss Wien Energie mit 1 159 EUR an Kosten für diesen Haushalt, der mit Gas heizt.

Meine Damen und Herren! Das heißt, hier kann sich ein Wiener Haushalt, der durch die Belastungspolitik im rot-grünen Wien betroffen ist, durch einen Wechsel zum günstigsten Gasanbieter 164 EUR pro Jahr ersparen. 164 EUR pro Jahr! (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Die Leute müssen nur wechseln!*)

Herr Kollege Maresch, Sie sagen richtig, er soll wechseln. Und genau das werden wir auch fördern, meine Damen und Herren. Wir werden unsere Energie-Hotline aktivieren, und wir werden die Menschen beraten, wie sie wechseln können (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Sind Sie ein Stromanbieter?*) und wie sie sich dieses Geld ersparen können, Herr Kollege Maresch. (*Beifall bei der FPÖ. – Abg Mag Rüdiger Maresch: Mit Atomstrom!*)

Beim Gas gibt es keinen Atomstromanbieter (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Sie haben keine Ahnung!*), und die Atomstromanbieter, Herr Kollege, habe ich in dieser Liste extra herausgelassen. Unsere Liste, die wir empfehlen, ist eine Liste von atomstromfreien Anbietern, Herr Kollege Maresch. (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Was ist mit dem Ausland? Sie haben wirklich keine Ahnung!*)

Auch wenn man hier international den Vergleich macht, ein bisschen über die Grenze schaut, etwa nach Berlin, dann sieht man, dass sich ein Berliner Haushalt etwa 300 bis 400 EUR gegenüber dem Wiener Preisniveau erspart, dass das Gas in Berlin um 300 bis 400 EUR billiger ist als in Wien. Und warum? Einfach deshalb, weil der Wettbewerb funktioniert, weil der Wettbewerb dort funktioniert, bei uns aber nicht.

Das hat ja auch die Aufsichtsbehörde, das hat auch der Energieregulator, der Herr Boltz, festgestellt, dass hier einfach ein Kartell besteht, ein Kartell, bei dem auch Sie von den GRÜNEN mitmachen, meine Damen und Herren, ein Kartell in trauter rot-schwarzer und jetzt auch grüner Einigkeit im roten Wien, im schwarzen Niederösterreich, im roten Burgenland, im schwarz-grünen Oberösterreich. Es gibt ein Kartell der Anbieter im Osten Österreichs, ein rot-schwarz-grünes Kartell.

Meine Damen und Herren! Wir werden daher die Menschen aufklären müssen, wir werden sie beraten müssen, wie sie sich dieses Geld ersparen können und wie es ja heute ganz leicht möglich ist, den Versorger auch tatsächlich zu wechseln.

Meine Damen und Herren! Da schrillen natürlich die Alarmglocken. Davor haben die Mächtigen natürlich Angst. Die Mächtigen haben Angst davor, dass sie um ihren Monopolgewinn umfallen, dass sie um ihre Pfründe, um den gigantischen Werbekuchen, um den es hier geht, umfallen könnten, weil die Menschen eben in Scharen zum günstigsten Anbieter davonlaufen könnten.

Und, meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was

machen die Verantwortlichen in dieser Stunde? Was machen die Manager von Wien Energie? Was macht die Frau Brauner? Was tun sie? Versuchen sie etwa, mit Beratung zu punkten, mit Kundenservice? Oder versuchen sie – was ja naheliegender wäre angesichts dieser Preisvergleichsliste, die ich Ihnen ja vorgelesen habe, meine Damen und Herren –, konkurrenzfähig zu bleiben und auch Preisanpassungsschritte, nach unten nämlich, zu setzen? Versuchen sie, hier mit Preissenkungen zu punkten?

Meine Damen und Herren! Überhaupt nichts von all dem. Überhaupt nichts! Die Verantwortlichen schreiben ganz einfach einen Brief an alle Energiekunden, der diesen im vorigen Monat erst ins Haus geflattert ist, in dem diese Erhöhungen zunächst einmal ganz sachlich begründet werden und wo dann am Schluss folgender Satz zu lesen ist – meine Damen und Herren, ich darf das zitieren und Ihnen das Schreiben von Wien Energie wörtlich vorlesen; dort steht: „Im Falle Ihres Widerspruches“ – also wenn jemand zum Wechseln bereit ist, wenn er dieser Preiserhöhung widerspricht, dieser Preiserhöhung um 15 Prozent – „wird der Erdgasliefervertrag mit 31.12.2011“ – mit 31.12.2011, Herr Kollege Maresch, dafür sind jetzt auch Sie verantwortlich – „für beendet erklärt.“

Ja, was heißt denn das, meine Damen und Herren? Das heißt, man sagt den lieben Kunden von Wien Energie, mit 31.12.2011 werden sie gekündigt, wenn sie aufmucken, mit 31.12.2011, also mitten im Winter, als Neujahrsüberraschung der Wiener SPÖ, als Neujahrsgruß der Frau Brauner sozusagen. Was heißt denn das in Wirklichkeit, meine Damen und Herren? Statt mit Kundenservice, statt mit Preissenkungen zu arbeiten, meine Damen und Herren von der SPÖ und auch von den GRÜNEN, versuchen Sie hier, mit Druck zu arbeiten, versuchen Sie hier, mit Drohungen zu arbeiten. Das heißt, die Frau Brauner arbeitet hier mit Angstmache, mit Angstmache davor, dass sich die Menschen, wenn sie sich zu einem Wechsel bereit finden, mitten im Winter, zu Silvester, plötzlich ohne Erdgasliefervertrag, ohne Heizung wiederfinden. Meine Damen und Herren, das heißt in Wirklichkeit, dass Rot-Grün, dass die Frau Brauner Angstmache betreiben. Das kann ja nicht sein, dass hier im 21. Jahrhundert statt mit Kundenservice und mit Preissenkung mit Angstmache von Ihnen gearbeitet wird, dass hier mit Drohungen gearbeitet wird.

Meine Damen und Herren von der SPÖ, aber auch von den GRÜNEN, Herr Kollege Maresch! Wir können das doch nicht länger zulassen, und wir werden den Menschen diese Angst vor einem Wechsel nehmen, genauso wie Sie das gemeint haben, Herr Kollege Maresch. Wir werden sie beraten, wie sie sich 250 EUR ersparen können und wie sie Ihrer unsozialen Politik entgehen können, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr StR Mag Juraczka. – Bitte sehr.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben heute das Thema „Aus für das Valorisierungsgesetz“, ein Thema, das wir seit 2007 zum x-ten Mal behandeln, zum x-ten Mal zu Recht. Legionen von Aussendungen, Legionen von Wortmeldungen und Interviews belegen, dass es eine gar nicht immer so übliche Eintracht zwischen den damaligen Oppositionsparteien ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gab, dass dieses Gesetz wirtschaftspolitischer Unsinn ist.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Mir ist schon bewusst, dass es in unserem Wirtschaftssystem so etwas wie eine Inflation gibt und dass es mitunter ein Wunschtraum ist, zu glauben, dass es keine Teuerung in den verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens geben kann. Aber verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik hat aktiv zu gestalten, hat danach zu trachten, dass die Arbeitslosigkeit niedrig bleibt, dass es ein Wachstum gibt, dass die Inflation niedrig gehalten wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und plötzlich, von einem Tag zum anderen, gibt es die wundersame Wandlung der GRÜNEN. Ich muss gestehen, bei aller Wertschätzung, die Kurve kriegen Sie nicht mehr, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, denn das sozialdemokratische Perpetuum Mobile, steigt die Inflation, so werden automatisch die Gebühren angepasst und wir haben eine zusätzliche Inflation, kann man nicht verteidigen. Diesem Teufelskreis muss Einhalt geboten werden. Diese Vorgangsweise ist nämlich de facto für dieses Gremium hier eine wirtschaftliche Bankrotterklärung. Man verabschiedet sich ohne jede Not von jeglichen Gestaltungsmöglichkeiten.

Der Rechnungshof – es wurde schon zitiert – hat ja auch festgestellt, dass es sogar Überschüsse gibt. 390 Millionen EUR wurden bei den Gebühren für Kanal, Wasser und Abfällen in den Jahren 2005 bis 2007 zu viel verrechnet beziehungsweise nicht zweckgebunden für Investitionen aufgewendet, sondern man hat sie einfach in den allgemeinen Haushalt einfließen lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist interessant, wenn man sich so ein bisschen durch die APA stöbert.

Martin Margulies am 28.6.2007: „Automatische Gebührenerhöhungen sind budgetpolitischer Unfug. Valorisierungsgesetz ist unsoziale Abzockerei.“ – Völlig richtig. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: 2007 war das richtig!)* Ja.

„Wenn man Wasser-, Abwasser- und Müllentsorgungsgebühren zusammenzählt, erwirtschaftet die Stadt Wien insgesamt einen Überschuss von knapp 150 Millionen EUR. Wenn man derart hohe Überschüsse erwirtschaftet, ist es für die Wienerinnen und Wiener völlig unverständlich, nun die Inflationsanpassung als Argument für eine weitere Teuerung heranzunehmen.“ – Maria Vassilakou im Juni 2007.

„Angesichts der aktuellen Teuerungswellen zeigt sich einmal mehr, dass das Valorisierungsgesetz völlig untragbar ist.“ – Maria Vassilakou 2008.

Oder Maria Vassilakou Anfang 2009: „SPÖ begeht mit diesem Gesetz Sozialverrat.“

Jetzt sage ich Ihnen schon etwas, meine Damen und Herren von den GRÜNEN. Ich verstehe schon, dass man in einer Koalition auch Abstriche machen muss, aber die

wahre Chuzpe ist es, dass man jetzt bei der Tarifreform der öffentlichen Verkehrsmittel zwar, nur um einen scheinbaren Erfolg zu haben, zumindest die Jahreskarte ein bisschen billiger macht *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Ein bisschen?)*, aber ansonsten auch diese Tarife valorisiert. Das ist wirklich etwas, wo man sich fragt, ob es Ihnen tatsächlich nur um den Machterhalt geht, ob Sie einfach zufrieden sind, jetzt ein bisschen mitregieren zu dürfen und dafür wirklich bereit sind, alles, was Ihnen einmal wichtig und teuer war, über Bord zu werfen. Denn bei der Entscheidung, dass die Tarife jetzt auch valorisiert werden, da hatten Sie schon Gestaltungsmöglichkeit, aber Sie haben sehenden Auges diesen Unfug mitgetragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist zu diesem Gesetz eigentlich schon alles gesagt. Ich sage nur so viel: Anstatt zu valorisieren, wären wir wirklich gut beraten, endlich diesen Verwaltungsapparat in dieser Stadt zu evaluieren – im Interesse der Steuerzahler, im Interesse unseres Wiens. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zur Wort gemeldet ist Frau Abg Dipl-Ing Gretner. Ich mache Sie aufmerksam, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es die Abschiedsrede der Frau Abgeordneten ist. – Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Dipl-Ing Sabine **Gretner** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Abschiedsrede, das klingt so dramatisch. Ich werde der Stadt ja erhalten bleiben in einer anderen Funktion. Ich habe entschieden, mich zu verändern, und ich freue mich sehr auf eine neue Aufgabe.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen, um mich bei Ihnen zu bedanken. Auch wenn es manchmal schwierig war mit dem einen oder anderen Kollegen, auch wenn wir harte Auseinandersetzungen hatten, so muss ich sagen, in Summe habe ich doch bei den meisten gefühlt, dass es ihnen darum geht, die Stadt zum Guten zu verändern und sich für die Bevölkerung Wiens einzusetzen.

In den Medien ist irgendwie berichtet worden, ich sei politikmüde. Ich bin zwar ein wenig müde, Berufspolitikerin zu sein, politikmüde kann man nicht sagen. Ich bin vielleicht auch ein bisschen müde, solche Sonderlandtage mitertragen zu müssen, weil wir diese Dinge wirklich schon oft diskutiert haben und ich nicht den Eindruck gewinnen konnte, dass sich da irgendetwas weiterentwickelt, weder in der Argumentation noch auch im Stil. Ich glaube nämlich, dass sich einige Leute hier im Haus der Verantwortung nicht ganz bewusst sind, die wir tragen, und ich frage mich auch oft: Wo ist das Ziel? Wo wollen Sie eigentlich hin?

Gerade bei der FPÖ muss ich sagen, dieses Ziel geht in meinen Augen immer in die Richtung Verunsicherung, Angstmache, Skandalisierung. Wenn ich an die Zeitungen denke, die Sie kürzlich an Haushalte verschickt haben, dann muss ich sagen, mir geht darin vollkommen ab, wofür Sie glauben, Verantwortung zu tragen. Das ist wirklich billigste Polemik, und das, muss



ich sagen, werde ich wirklich nicht vermissen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

In den letzten Tagen war zum Beispiel auch das Otto-Wagner-Spital so ein Beispiel Ihres Politikstils. Wir hatten vor fünf Jahren die Auseinandersetzung hier im Saal. Jetzt wurde mir unterstellt, ich würde deswegen zurücktreten. Also das finde ich total lächerlich, denn da hätte ich vor fünf Jahren zurücktreten müssen, denn ich war ja immer schon gegen diese Art der Verbauung. Sie waren damals dafür, genauso wie andere Kollegen hier im Haus. Das zeigt für mich einmal mehr, dass eben dieses Verantwortungsbewusstsein bei einigen nicht da ist und dass es Ihnen wirklich nur um diese Skandalisierung geht und darum, billige Punkte zu machen.

Ich meine, unsere Aufgabe hier ist es, das allgemeine und das öffentliche Interesse zu vertreten. Da gibt es wahrscheinlich Definitionsunterschiede, aber ich habe es für mich immer so betrachtet, dass ich meine Aufgabe darin gesehen habe, eine Lobby für die Leute zu sein, die eben keine Lobby haben, seien es Teile der Bevölkerung, die Grünflächen in ihrer Wohnumgebung schätzen, oder FußgängerInnen, jedenfalls Leute, die sich keine PR-Agenturen leisten können, um ihre Interessen durchzusetzen.

Ich glaube auch, dass es wahnsinnig wichtig wäre, mehr Transparenz in politische Entscheidungsprozesse zu bringen, um eben die Bevölkerung auch noch mehr teilhaben zu lassen an der Demokratie, die wir ja versuchen zu leben. In dem Zusammenhang habe ich mir meine erste Rede angeschaut, die ich vor fast genau sechs Jahren hier gehalten habe. Da habe ich darauf hingewiesen – ich habe es hier sogar ausgedruckt –, dass so wenige ZuhörerInnen da sind. Ich habe damals gesagt, dass es mir als noch Neuer wirklich auffällt und dass ich wirklich darauf hinweisen möchte, dass es mich immer gewundert hat, dass das niemand zu stören scheint, dass keiner dasitz.

Im Internet kann man uns zwar hören und sehen, aber man kann diese Videos nicht nachschauen. Also wenn man sie nicht wirklich zum selben Zeitpunkt ansieht, dann hat man es verpasst.

Ich finde immer noch, das sollte uns wirklich zu denken geben. Ich habe damals vorgeschlagen, dass man am Nachmittag zum Beispiel die Beleuchtung nicht so herabdimmte oder dass man sich vielleicht eine Neugestaltung des Sitzungssaales überlegt oder auch die Debatten anders gestaltet. Aber ich glaube nicht, dass wir oder dass Sie in der Folge so weitermachen sollten, das einfach hinzunehmen, dass wir scheinbar hier füreinander Politik machen, aber die Bevölkerung sehr wenig davon mitbekommt.

Ein anderes Motiv meiner Arbeit war eigentlich ein gewisses Verantwortungsgefühl, weil ich meine, dass die Stadt als Arbeit-, aber auch als Auftraggeber eine große Verantwortung hat, beispielsweise eben Bauprojekte ordentlich abzuwickeln. Das hat sicher zu dem einen oder anderen größeren Thema, das ich bearbeitet habe, geführt, denn es gab einige Bauprojekte dieser Stadt, die nicht so wirklich gut gelaufen sind. Da hoffe ich auch, dass Sie sich in Zukunft dieser Verantwortung bewusst

sind, weil es ja eben auch darum geht, Klein- und Mittelbetriebe fair zu behandeln und auch gute Produkte und Bauwerke zu entwickeln, die unserer Bevölkerung dann zugute kommen.

Ich komme schon zum Ende. – Da drüben (*in Richtung von ÖVP und FPÖ*) ist nämlich so eine Unruhe entstanden, die Herren haben etwas zu diskutieren. – Etwas, was mir auch immer sehr wichtig war, ist der Schutz von wertvollem Kulturgut, worunter ich neben Bauwerken auch die Landschaft verstanden habe, beispielsweise die Weinberge oder eben auch Bauwerke. Da hoffe ich auch, dass Sie sich dieser Verantwortung bewusst sind, dass diese Gebäude oder Landschaften, wenn sie einmal zerstört sind, nicht mehr herstellbar sind, und dass das wirklich einen großen Anteil der Lebensqualität in Wien ausmacht.

Abschließend noch, weil das auch in den Medien sehr verkürzt dargestellt war, ich hätte unter der Verwaltung gelitten. Ich möchte hiermit allen Angestellten und Magistratsbeamten der Stadt Wien mein Respekt aussprechen. Ich glaube, es ist nicht einfach, in diesem riesigen Apparat zu arbeiten. Was ich gemeint habe, ist, dass ich glaube, dass die Struktur der Wiener Verwaltung wirklich einen sehr dringenden Reformbedarf hat. Diese Aufgliederung in unterschiedlichste Magistratsabteilungen, wo man bei Besprechungen oft dreißig Leuten gegenüber sitzt und nach einer Stunde irgendwie herauskommt, es ist nichts herausgekommen, davon glaube ich nicht, dass das weiter leistbar und sinnvoll ist. Ich glaube aber auch, dass das ein bisschen ein Gordischer Knoten ist, wo es wirklich einmal einen großen Schritt bräuchte. Ich glaube, das wäre auch im Sinne der MitarbeiterInnen, die sich dann leichter täten, als Dienstleister für die Wiener Bevölkerung tätig zu sein.

Somit möchte ich schon abschließen. Danke! Auf Wiedersehen und alles Gute! (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Abg Gretner! Ich bedanke mich für Ihre engagierte Mitarbeit in diesem Hause, aber auch für Ihre Beiträge, die Sie geleistet haben. Da es die letzte Rede heute im Landtag war, wünsche ich Ihnen für Ihre Zukunft alles, alles Gute. Ich bin mir sicher, wir werden noch viel von Ihnen hören. Alles Gute! (*Allgemeiner Beifall.*)

Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg Dr Aigner. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vielleicht einen kleinen Kontrapunkt zur Aussage meiner Frau Kollegin Gretner, die ich auch immer sehr für ihre Sachlichkeit und für ihre fachliche Kompetenz geschätzt habe. Im Unterschied zu Ihnen halte ich es für mehr als lohnend, dass wir uns mit dem Valorisierungsgesetz beschäftigen, ganz einfach deshalb, weil auf die Wienerinnen und Wiener eine Gebührenlawine ungeahnten Ausmaßes zuzurollen droht. Gerade in Zeiten wie diesen, wo wir eine Inflationsrate bei, offiziell gemessen, knapp 4 Prozent haben, wo die Gewerkschaften verdienstvollerweise endlich einmal einigermaßen herzeigbare Lohnerhöhungen, zumindest im nominellen Bereich,

verhandelt haben, ist die Valorisierung der städtischen Gebühren ein Beitrag dazu, dass das Ziel der Kollektivvertragsverhandler, wenigstens die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sichern, unterwandert und unterminiert wird.

4,2 Prozent Plus Nominale bei 3,6 Prozent Inflation und steigenden Gebühren ist geradezu dazu angetan, sozusagen ein Nullsummenspiel herbeizuführen. Dieses Nullsummenspiel schwächt die Kaufkraft und ist volkswirtschaftlich mehr als problematisch. Daher muss man jeden Versuch unternehmen, dieses Valorisierungsgesetz endlich außer Kraft zu setzen. Und da waren ja auch die GRÜNEN bis dato immer Mitstreiter.

Die Wahrheit ist halt offenkundig doch eine Tochter der Zeit. Der Wechsel von Opposition zu Regierung führt dazu, dass Argumente, die vor zwei, drei Jahren noch gültig waren und mit Vehemenz vertreten worden sind, auf einmal keinen Wert mehr haben, und das müssen Sie sich schon auch in einer Sondersitzung sagen lassen.

Meine Damen und Herren! Die Argumente gegen diese automatische Valorisierung sind in der Tat schon sehr oft dargestellt worden. Ich möchte zwei bisher noch nicht angesprochene Punkte hier in die Debatte einwerfen. Zum einen ist es mehr als eigenartig, dass in Österreich – und das ist ja nicht nur auf der Gemeindeebene so, das machen die Länder und die Bundesebene genauso – alles valorisiert wird, das Einzige, was nicht valorisiert, das heißt, automatisch angepasst wird, sind die Steuerstufen. Die bleiben über viele Jahre gleich. Das heißt, wir haben eine Gebührenautomatik, wir haben eine Steuerautomatik, aber die einzigen Werte, deren Anpassung dem Bürger etwas bringen würde, nämlich die Steuerstufen – nicht die Steuersätze, die Steuerstufen –, die bleiben über viele Jahre gleich.

Und da muss man schon fragen: Warum werden nicht diese Steuerstufen genauso wie die Rezeptgebühr, genauso wie die ASVG-Anpassungsfaktoren, Geringfügigkeitsgrenze, Höchstbeitragsgrundlage Jahr für Jahr mitangepasst? Das wäre etwas im Sinne der Bürger, doch da sind die Belaster, da sind die Steuererfinder eigentlich relativ schmähdad. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was hat dieses Nichtanpassen der Steuerstufen für eine Auswirkung? Die Auswirkung ist die, dass man mit einer Nominallohnerhöhung, ohne dass man mehr Geld ausgeben kann, in immer höhere Steuerstufen kommt. Was liest man da nicht alles von der Reichensteuer, wo man gar nicht weiß, sind das jetzt die Vermögenden, sind das die, die gut verdienen, da wird mit den Millionen nur so herumjongliert, aber am Schluss bleibt man dann bei der ASVG-Höchstbeitragsgrundlage.

Allein durch das Nichtvalorisieren der Stufe des Höchststeuersatzes ist die Zahl derjenigen, die den Grenzsteuersatz von 50 Prozent bezahlen, in den letzten 20 Jahren von 50 000 auf 200 000 Menschen angestiegen. Die haben nicht mehr Geld, sondern die haben immer ihre Lohnerhöhungen bekommen, und für den Staat wird man immer reicher.

Das Gleiche gilt natürlich auch für den Mindeststeuersatz. Diese Stufe wird auch nicht valorisiert. Das heißt,

auch hier wachsen immer mehr Menschen in die Steuerpflicht herein, für die das gar nicht gemacht war.

Das ist in der Tat eine Bundesmaterie, aber es kann ja auch von den Ländern, es kann von einem mächtigen Landeshauptmann Druck in die Richtung ausgehen, diese Steuerstufen genauso zu valorisieren, wie Sie Ihre Gebühren valorisieren und viele andere Dinge. – Das ist die eine Anregung, die ich hier am Sonderlandtag mitgeben will.

Die zweite Anregung – auch da fehlt mir die Anpassung an heutige reale Werte – ist das Wiener Gebrauchsabgabegesetz. Die Nutzung des öffentlichen Raumes ist in einer mehr als anachronistischen Weise geregelt. Die Parkgebühren steigen und werden valorisiert, die Beiträge derjenigen, die Schanigärten auf öffentlichem Grund haben, sind seit vielen Jahren gleich geblieben, werden nicht angepasst. Es wird im Gebrauchsabgabegesetz auch überhaupt nicht darauf Rücksicht genommen, ob man in einer Toplage einen Schanigarten hat, der eine Goldgrube ist, oder ob man irgendwo in einem Randbezirk ein paar Tische und Stühle auf einen Gehsteig stellt.

Meine Damen und Herren! Dieses Nichtdifferenzieren grenzt eigentlich an Verfassungswidrigkeit. Das Einzige, wo differenziert wird, sind die Fußgängerzonen, wo deutlich mehr zu zahlen ist. Aber auch hier müsste man einen Unterschied machen zwischen der Fußgängerzone am Graben und in der Kärntnerstraße, wo wirkliche eine Goldgrube ist, wenn der große Braune über 5 EUR kostet und man mehr Verabreichungsplätze außerhalb als innerhalb des Geschäftes hat. Dann ist das ja ein reiner Bettel, den die Stadt dafür bekommt. Das ist schon mehr als eigenartig, ja, und das macht auch bei den Geschäftsleuten teilweise wirklich böses Blut, weil hier sozusagen der öffentliche Grund zu Minimalkonditionen zu Verfügung gestellt wird.

Hier hört man nichts von Anpassungen, von Valorisierungen. Hier wäre eine an Gerechtigkeit orientierte Verwaltung sehr wohl einmal aufgefordert, ein Modell zu entwickeln, das auf die verschiedenen Lagen Rücksicht nimmt und das dafür Sorge trägt, dass auch der öffentliche Grund nicht nur beim Parken immer teurer wird, sondern auch für diejenigen, die aus privatwirtschaftlichen Tätigkeiten Nutzen daraus ziehen.

Sie müssen sich auch nur überlegen, dass jemand, der einen privaten Schanigarten hat, der diesen entweder kauft oder mietet, ganz andere Kostenstrukturen hat als derjenige, der sich mehr oder weniger gratis auf den öffentlichen Grund stellt. Und dann könnte man noch weiter differenzieren. Zum Beispiel nur eine Anregung: Wer in der Parkspur einen Schanigarten aufmacht, der sorgt ja dafür, dass dort nicht geparkt werden kann, das heißt, das ist ein Problem für die Bürger dort, und zum Zweiten können keine Gelder für Parkscheine hereinkommen, sondern man kriegt dafür nur ein paar Euro. Also auch unter diesem Aspekt ist das mehr als ungerecht.

Ich bin der Letzte, der Gebühren erfindet, aber ich bin jemand, der dafür eintritt, dass, wenn die öffentliche Hand schon Gebührenanpassungen macht, das nicht nur

die breite Masse trifft, sondern dass hier Gerechtigkeit einzieht. Das Gebrauchsabgabegesetz in der jetzigen Form in Wien ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, die auch dazu führt, dass die Stadt auf sehr hohe Einnahmen verzichtet.

Meine Damen und Herren! Die Krise ist noch lange nicht vorbei. Wir wissen gar nicht, in welcher Weise die Krise uns wirklich treffen wird. Die Kaufkraft im Inland ist gerade in Zeiten, wo der Export einbricht und zurückgeht, etwas ganz Wesentliches. Sichern Sie die Kaufkraft der Wienerinnen und Wiener, der Österreicherinnen und Österreicher im eigenen Land, damit der Konsum nicht auch einbricht, und verzichten Sie auf diese Gebührenlawine! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. – Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Berger-Krotsch. – Bitte sehr.

Abg Mag Nicole **Berger-Krotsch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, während die Regierungsparteien an einer sinnvollen und ausgewogenen Budgeterstellung für die Wienerinnen und Wiener arbeiten, haben Sie von der FPÖ nichts anderes zu tun, als uns mit Sondergemeinderatsausschüssen, Sondergemeinderatssitzungen, Sonderlandtagssitzungen von der wichtigen und engagierten Arbeit abzuhalten. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist ja Ihre Arbeit!)* Aber das ist es ja nicht, sondern es ist viel, viel schlimmer, was Sie mit den Wienerinnen und Wienern machen, indem Sie *(Aufregung bei Abg Mag Dietbert Kowarik.)* mit Pressemeldungen, mit diesen tollen Geschmacklosigkeiten, den bunten, die Sie an alle Wiener Haushalte versendet haben, die Menschen verunsichern, und das werfe ich Ihnen vor! Denn wenn Sie diese immerwiederkehrenden gebetsmühlenartigen Falschmeldungen hier über Pressemeldungen in diesen bunten Blättern, die Sie verschicken, immer wieder loslassen, so kann ich Ihnen sagen, dass Sie durch diese Wiederholungen einfach auch nicht wahrer werden. Sie sind nicht interessiert an einer konstruktiven Zusammenarbeit, Sie üben ja nicht einmal konstruktive Kritik! Nein, Sie haben nichts anderes zu tun, als aufzuwiegeln, zu spalten. Und Kollegin Gretner hat es schon gesagt: Die Angstmache, die Sie uns vorwerfen, die gehört ganz alleine Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wien braucht das nicht, Wien kann darauf verzichten. Wir als Regierung werden uns da nicht beeindrucken lassen oder vielleicht, wie Sie das auch wollen, einschüchtern lassen. Das sind ja alles nur Ablenkungsmanöver. Sie wollen von dem Korruptionssumpf, in dem Sie herumschwimmen, nur ablenken. Sie reden die Verantwortungspolitik, die wir hier für die Wienerinnen und Wiener machen, schlecht. Sie patzen verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker an. Und ich denke, das ist Ihr einziger Ausweg, sozusagen die Flucht nach vorne, aus diesem Sumpf herauszuspringen. Wir lassen uns nicht irritieren. Wir gehen den Wiener Weg, den wir eingeschlagen haben, weiter. Die Wienerinnen und Wiener können sich auf uns verlassen. Sie können sich darauf

verlassen, dass wir die Versorgungsqualität auch in Zukunft für diese Stadt sicherstellen werden.

Und ja, Sie haben es heute schon mehrfach angesprochen, dazu gehört auch die Anpassung von Gebühren, natürlich. Damit Dienstleistungen wie die Wasserversorgung, die Müllentsorgung, die Straßenreinigung, die Abwasserentsorgung und vieles, vieles mehr auch weiter in hoher Qualität angeboten werden, muss es da natürlich auch eine entsprechende Anpassung von Gebühren und Abgaben geben. Aber das Geld wird ja weiter investiert, es müssen Erhaltungsarbeiten gemacht werden. Die Gebühren werden da ja nicht gehortet, sondern werden für ganz dringend notwendige Investitionsarbeiten eingesetzt. Niemand hat damit natürlich Freude, aber die Wienerinnen und Wiener sehen, dass es notwendig ist und können sich hier darauf verlassen, dass wir auch künftig eine *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Der Rechnungshofbericht, Frau Kollegin! Sie können ja da vielleicht einmal reinschauen!)* funktionierende Abwasser- und Müllentsorgung haben und dass das hervorragende Wiener Wasser, das wir haben, auch weiter diese Qualität haben wird und dass wir ein breites Angebot von den Wiener Linien, also dem öffentlichen Verkehr, haben, der ja heute von Ihrer Seite ganz ausgespart wurde.

Das ist natürlich unser aller Beitrag und er sorgt dafür, dass wir die Qualität sichern und Wien als die lebenswerte Stadt, auf die wir so stolz sind, für die wir arbeiten und für die wir bisher sehr gut gearbeitet haben und das weiter tun werden, erhalten.

Und der Weg oder den Weg, den Sie einschlagen möchten, nämlich die Privatisierung, das ist nicht unser Weg. Man sieht, was ein Verkauf städtischer Serviceleistungen etwa bewirken kann: Schauen wir uns die französische Wasserverwaltung an oder den öffentlichen Verkehr in England. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Cross Border Leasing, Frau Kollegin!)* Das ist der Weg, den Sie einschlagen wollen. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Sie haben es schon gemacht!)* FPÖ und ÖVP wollen dort hin. Aber diesen Weg wird es mit uns nicht geben. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Jetzt können Sie nur mehr zuschütten! Das ist schon weg!)* Wir werden keinem Ausverkauf von öffentlichen Verkehrsmitteln, von Gemeindebauten und Wasser zustimmen. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Sie haben es schon verkauft! Sie haben es ja schon verkauft!)*

Und ich habe da eine verschiedene Auflistung von MandatarInnen von ÖVP und FPÖ, wie zum Beispiel Ex-ÖVP-Chefin Christine Marek, die im Juli 2011 einen Privatisierungskurs für das Stadtgartenamt, den stadteigenen Weingarten und die Wiener Bestattung forderte oder überhaupt die Wien Energie verscherbeln wollte. Wenn ich das Wort verscherbeln schon höre! Oder der Ex-ÖVP-Gemeinderat und ehemalige Stadtrat Gerstl, der eine Privatisierung der Parkraumüberwachung forderte und überhaupt den Ausverkauf von Wasser und Wiener Linien. Wir sagen dazu: „Keinesfalls!“ Und die Wienerinnen und Wiener können sich auf uns verlassen!

Die Wienerinnen und Wiener sind stolz, dass sie in einer Stadt leben können, die im Vergleich eine höhere Versorgungsqualität aufweist und das kommt nicht von

ungefähr. Heute wurde auch schon unsere Finanzstadträtin Renate Brauner angesprochen. Ich verwehre mich da, wenn Sie von Schlamperei sprechen, denn wer hat uns so gut durch diese Krise geführt? Wer hat die richtigen Maßnahmen gesetzt, (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) dass wir diese schwierige Situation bisher so gut gemeistert haben, dass wir im Vergleich sehr gut dastehen? Es waren die antizyklischen Investitionen im Arbeits- und Ausbildungsbereich und es stand dabei auch immer außer Frage, dass wir nach den notwendigen Investitionen, nach dieser notwendigen Investitionsphase natürlich den Pfad der Konsolidierung wieder beschreiten müssen. Ja, es war im Sinne der keynesianischen Wirtschaftspolitik auch so gemeint und es wird auch so durchgeführt. Dazu gehört eben auch, dass die öffentlichen Dienstleistungen hier halbwegs kostendeckend gemacht werden, denn ohne eine Valorisierung von Gebühren und Abgaben würde dieser Deckungsbedarf noch größer werden. Wenn die öffentlichen Dienstleistungen in derselben oder noch besseren Qualität zur Verfügung stehen sollen, dann darf auf das Valorisierungsgesetz nicht verzichtet werden. Und mit Ihrem Antrag, den Sie heute einbringen, destabilisieren Sie den öffentlichen Haushalt und die Wiener Betriebe und nicht wir, wie Sie es uns vorgeworfen haben, Herr DDr Schock!

Ihre Attacken, heute vielleicht ein bisschen spärlich, Sie haben heute auch keine Taferln mit, was mich sehr wundert ... (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Aber eine Zeitung!*). Eine Zeitung, na schau. Ihre Attacken sind wie ein Beißreflex. Man sieht, dass Sie eben ablenken wollen. Sie haben andere Probleme, mit denen Sie sich intern beschäftigen müssen: Die Finanzdesaster, wo viele FPÖ-Politiker verstrickt sind. Also wir haben es hier schon oft erwähnt, aber ich denke, es ist wieder an der Zeit, die BUWOG, die Hypo, den Telekom-Skandal hier anzuführen. Mit Ihrem puren Politaktionismus, den Sie heute auch wieder versucht haben, hier mit dieser Einberufung des Sonderlandtages an den Tag zu legen, werden Sie nicht weit kommen. Die Wienerinnen und Wiener wissen, was sie an der Stadt haben und an der Verwaltung und einer Regierung mit Rot-Grün. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Noch ein Kuriosum zur Einberufung des Sonderlandtages, nämlich die Betitelung „Ende der SPÖ/Grünen Belastungspolitik“. Kollege Gudenus, Sie haben einiges aufgezählt, wo Sie meinen, was Rot-Grün falsch macht. Ich denke, schauen wir uns doch die unsoziale Politik Ihrer Regierungsverantwortung an! (*Große Heiterkeit bei der FPÖ.*) Da waren Sie bereits Mitglied im FPÖ-Bundesparteivorstand! Reden wir Klartext. Wir haben 80 000 Arbeitslose zusätzlich, doppelt so viele junge Menschen auf Lehrstellensuche, einen realen Kaufkraftverlust, wir haben einen Anstieg der Armut, einen Pflegenotstand, wir haben Verschlechterungen beim Pensionsrecht, wir haben Leistungen der Krankenkassen erdulden müssen! Das war das, was Sie uns gebracht haben, die ÖVP und die FPÖ gemeinsam in den Jahren 2000 bis 2006! Ihre Aussagen sind im Zusammenhang mit diesem Regierungswahnsinn in diesen Jahren eine

Verhöhnung, denn Sie sprechen von blinder Spekulations- und Privatisierungswut. Genau, das gehört auch wieder Ihnen. Sie haben das Land in den Jahren 2000 bis 2006 in Geiselnhaft genommen und die FPÖ hat auch in Kärnten bewiesen (*Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.*), wie es für die Menschen aussehen kann, wenn die FPÖ Verantwortung hat.

Einige Unwahrheiten noch kurz im Detail. Es wurde wieder der Verlust bei den Franken-Krediten angesprochen. Diese behaupteten Verluste entbehren jeglicher Grundlage, denn die Stadt Wien spekuliert nicht. Es sind keine Verluste entstanden. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) Seit Jahren verfügt die Stadt Wien über ein vorbildliches Schuldenmanagement. Und wenn Sie den vielzitierten Rechnungshofprüfbericht genau studieren, Kollege DDr Schock, dann werden Sie das auch sehen, dass diese Überprüfung bestätigt, dass wir hier ein vorbildliches Schuldenmanagement haben, dass Wiens Konditionen absolut zu Gunsten der Wienerinnen und Wiener abgeschlossen worden sind und deutlich besser sind als der Durchschnitt. Vielleicht sollten Sie diese Passage noch einmal ein bisschen genauer studieren.

Auf die Wassergebühren wird meine Kollegin Schubert noch näher eingehen. Ich kann hier auch nur sagen, wie ich es schon zu Anfang gesagt habe, die eingenommenen Gebühren werden ja nicht wo gehortet (*Abg Mag Dietbert Kowarik: Für die Inserate!*), sondern sie kommen ja den Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahlern wieder sozusagen zugute. Es werden Investitionen und Erhaltungsarbeiten getätigt. Hier kann man nicht davon sprechen, dass da irgendwie ja was auf die Seite gelegt und aufgehoben wird.

Wir, Rot-Grün, sind vor einem Jahr mit einem engagierten Koalitionsübereinkommen angetreten. Es wurden viele Projekte bereits umgesetzt, angeleiert. Ich habe hier eine ganze Liste. Ich habe eigentlich noch genügend Zeit, alles vorzutragen. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Alle Zeit der Welt!*) Die wichtigsten Beispiele, die mir besonders wichtig sind, sind, dass der Gratiskindergarten weiter erhalten bleibt, dass wir die Ausbildungsgarantie institutionalisiert haben. Es gibt hier die fünf Säulen, die weiter vorangetrieben werden. Die Kooperationen mit den Unternehmen Wiens werden verstärkt. Wir haben eine Novelle des Prostitutionsgesetzes beschlossen. Es gibt eine erhöhte Mindestsicherung für Kinder als nachhaltige Unterstützung für einkommensschwache Familien und als Instrument im Kampf gegen die Armut. Wir haben den Papa-Monat eingeführt. Es gibt eine Karenz für Pflegeeltern. Zum Bereich Bildung, wie uns auch vorgeworfen wurde, sind ja jetzt zum 10. Oktober, sozusagen ein Jahr nach der Wahl, etliche Pressemeldungen von Seiten der Opposition hinausgegangen, wo in der Kategorie „beleidigte Leberwurst“ oder „Pauschalrundschnitzereien“ die rot-grüne Koalition kritisiert wurde. Wenn ich mir da eine Pressemeldung von der Frau Abg Tamandl zu Gemüte führe, wo sie kritisiert, dass in Sachen Bildung nichts weitergeht, dann denke ich mir, dass sie als Nationalrätin sehr nahe an der Bundes-ÖVP ist, um hier auch das Thema Bildung voranzutreiben. Denn ich denke, gerade auch auf Bundesebene ist es wichtig,

hier Verbesserungen zu machen und auch die ÖVP hier ein bisschen voranzutreiben. Ich glaube, dass sie da besser dran wäre, eben bei der eigenen Partei auf Bundesebene auch nachzufragen. Bildung ist ein Schwerpunkt, das haben wir nie verheimlicht, das werden wir weiter vorantreiben, denn die Bildung unserer Kinder ist die Zukunft unserer Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ja, noch zu der Liste unserer Bilanz. Wir haben eben auch, weil wir gerade das Thema Bildung angesprochen haben, den Ausbau ganztägiger Schulformen, die Sanierung und den Neubau von Schulen und die Förderung des Campusmodells, wo das Lernen und die Freizeit ideal kombiniert werden. Das große Wiener Spitalskonzept darf auch heute hier nicht unerwähnt bleiben, wo es eben um eine Umstrukturierung und eine teilweise Schließung von Standorten geht bei der gleichzeitigen Verbesserung der aufeinander abgestimmten Leistungen. Open Data, neue Sperrstundenregelung, vieles, vieles mehr. Wir haben einen Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten eingerichtet. Förderung von Nachbarschafts- und Grätzgärten. Also vieles, vieles mehr, was Rot-Grün bisher angeleiert und umgesetzt hat und heute nicht unerwähnt bleiben darf.

Auch Politikbeobachter bescheinigen uns eine solide Performance, aber diese Zurufe brauchen wir nicht. Ich denke, wir wissen, was für die Wienerinnen und Wiener zu tun ist, auch wenn Sie von der Opposition versuchen, alles madig zu machen. Genauso wie eben auch die Tarifreform bei den Wiener Linien. Es ist ein Erfolg der rot-grünen Zusammenarbeit. Wir haben das Öffi-Fahren für nächstes Jahr noch attraktiver gestaltet und weil es so ein großer Erfolg ist, die Tarifreform ist sozial fair und ausgewogen, ist es doch kein Wunder, dass die FPÖ dieses Thema heute unerwähnt lässt. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Jetzt wissen wir es!)* Wir haben es trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten geschafft, hier die Tarife für Monats- und Jahreskarten zu senken und auch der Einzelfahrschein wurde moderat um 20 Cent angehoben und nicht, wie fälschlich behauptet wurde, auf 2 40 EUR. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das kommt bei der nächsten! – Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: In einem halben Jahr ist es so weit!)* Also vielleicht sollten Sie Ihre Aussendungen, bevor sie zu den Wienerinnen und Wienern hinausgehen, noch genau studieren oder die Aussendungen überhaupt weglassen. Und wir helfen den Menschen gerade jetzt in der Krise. Die Tarifreform berücksichtigt hier die soziale Dimension. Wir sichern das Angebot der Verkehrsbetriebe, wir sichern den Ausbau der Wiener Linien nachhaltig ab. Es wurde jetzt auch die Beauftragung der neuen U-Bahn-Wägen für die U6 bei Bombardier gesichert. Das Werk in der Donaustadt hat den Auftrag erhalten. Wir sichern hier auch wieder tausende Arbeitsplätze bei den Wiener Linien und auch bei den Zulieferbetrieben nachhaltig ab. Die Wiener Linien bleiben damit ein großer Motor der Wiener Wirtschaft. Wir haben mit den Wiener Linien einen großen Garanten für die Mobilität aller Wienerinnen und Wiener. Mit dieser Tarifreform bleibt das in Zukunft auch so. Die Zukunft ist

gut gesichert.

Wir investieren für die Menschen. Ich glaube, das wurde jetzt auch in meinen Ausführungen klar, damit wir auch weiterhin eine Versorgungsqualität, eine Lebensqualität hier in Wien haben. Und diesen eingeschlagenen Weg, diesen Wiener Weg werden wir weitergehen.

Zum Abschluss komme ich da noch einmal zum Anfang meiner Ausführungen, denn es sitzen hier viele engagierte PolitikerInnen. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wo? Wo sind sie?)* Lassen Sie sie arbeiten und hören Sie auf, die Menschen zu verunsichern! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Falls Ihnen der StR Lasar abgegangen ist, darf ich Ihnen mitteilen, er ist krank geworden, leider.

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dkfm Dr Aichinger. Bitte, Herr Diplomkaufmann!

Abg Dkfm Dr Fritz **Aichinger** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht einmal ganz kurz zur Frau Kollegin Krotsch. Ich möchte einmal schon klarstellen, dass man natürlich über Privatisierung immer debattieren, immer reden kann, weil es kann nicht so sein, dass sie prinzipiell verteufelt wird. Es gibt keinen ÖVP-Politiker, der eine Privatisierung bei der Daseinsvorsorge verlangt hat. Auch das müsste klargelegt sein, meine Damen und Herren!

Aber Sie machen ja auch Privatisierungen, Sie machen ja auch Ausgliederungen. Aber Sie machen die Ausgliederungen und die Privatisierungen nur dann, wenn Sie dort hundertprozentige Macht haben, wenn Sie dort ganz einfach keine Kontrolle wollen. Es gibt viele Bereiche, die Sie ausgegliedert haben, um hier dem Gemeinderat, meine Damen und Herren, eben die Kontrolle zu entziehen. Und das verstehen aber wir nicht unter Privatisierung!

Wir sind, glaube ich, derzeit im Herbst und Sie lesen es in allen Zeitungen und das Wirtschaftsforschungsinstitut IHS, aber auch die Österreichische Nationalbank sagen, wir sind leider in einem Konjunkturabschwung, der in nächster Zeit sehr, sehr stark sein wird. Das WIFO hat die Prognose für das BIP nächstes Jahr ganz einfach halbiert und wir werden nur mehr eine Bruttonationalproduktsteigerung von 0,8 Prozent haben. Das heißt, es ist angesagt, etwas dagegen zu unternehmen. Wir wissen, dass in Wien prinzipiell die Arbeitslosigkeit die höchste von ganz Österreich ist, dass sie nicht nur hoch ist, sondern dass wir auch eine strukturell schwierige Arbeitslosigkeit haben, obwohl im Bund ganz einfach mehr Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Was machen Sie? Sie erhöhen die Gebühren! Sie nehmen den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Wien Kaufkraft weg, wodurch die letzte Stütze, die die Wirtschaft ganz einfach auch beim letzten Einbruch gehabt hat, die Konjunktur und der Einzelhandel, hier abgewürgt wird.

Sie erhöhen die Gebühren aber nach einem System, das heute schon einige Male besprochen worden ist, mit dem Valorisierungsgesetz und nicht nach betriebswirtschaftlichen Daten, nach Überlegungen, wie das funktio-

nieren wird. Das Kontrollamt, der Rechnungshof, alle sagen Ihnen, dass die Berechnungen beim Gebührenspiegel ausschließlich nach dem Soll-System sind und nicht nach dem Ist-System. Jeder Unternehmer muss Nachkalkulationen machen, muss schauen, wie das ausschaut. Und diese Kalkulationen, meine Damen und Herren, sind ganz einfach nicht transparent, ob wirklich hier alle Einsparungen, alle Vorteile genutzt werden, um hier ganz einfach zu kostengünstigen beziehungsweise zu attraktiven Preisen zu kommen. Das wäre ein ganz, ganz wesentlicher Faktor.

Es geht uns daher wirtschaftspolitisch darum, die Wirtschaftsentwicklung und die Konjunktur sowie den öffentlichen Haushalt ganz einfach wirklich in den Fokus zu bringen und nicht die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich mit verschiedenen Dingen zu belasten. Es ist, wie gesagt, die Kaufkraft, die hier ganz, ganz wesentlich eine Rolle spielt.

Was fordern wir daher, meine Damen und Herren? Wir fordern vor allem auch eine Verwaltungsreform. Und es ist sehr interessant, dass vorhin die Kollegin Gretner, sie ist leider nicht mehr hier, in einer Abschiedsrede sogar gesagt hat, sie hätte sich gewünscht, dass man bei der einen oder anderen Verhandlung wesentlich rascher, zügiger und besser vorangegangen wäre. Es kann auch nicht so sein, dass hier für die Wirtschaft zum Beispiel viele, viele Magistratsabteilungen tätig sind und nicht eine Straffung beziehungsweise eine Effizienzsteigerung gegeben wird.

Wir haben die MA 37 - Baupolizei, MA 36 - Betriebsanlagengenehmigung, MA 35 - Niederlassungsbewilligungen, die MA 65 mit dem Parkpickerl für die Unternehmer, die MA 59, das Marktamt, das Gewerbewesen in der MA 63, und die MA 5 und die MA 27 sind für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung zuständig. Ich weiß nicht, ob hier der berühmte One-Stop-Shop ganz einfach so verwirklicht ist beziehungsweise verwirklicht werden kann, damit wir ganz einfach für die Wirtschaft eine effiziente Verwaltung haben. Schauen Sie sich die Steiermark an, auch dort hat es funktioniert, oder in Oberösterreich, wo die Verfahrensdauer wirklich wesentlich kürzer ist als in Wien.

Wir fordern auch eine Reform der Personalpolitik, meine Damen und Herren. Wien ist immer noch Rekordhalter bei den Frühpensionierungen. Die Umsetzung der Pensionsreform des Bundes wird in Wien wesentlich langsamer bis ins Jahr 2048 durchgeführt. Und was ganz besonders ist: Es ist so, dass in Wien zwei von drei Pensionierungen krankheitsbedingt sind. Das ist, so glaube ich, auch kein gutes Zeichen.

Wir fordern aber auch, und das ist für uns sehr wichtig, eine gezielte Wirtschaftsförderung und eine unkomplizierte Basisförderung für Klein- und Mittelbetriebe. Gezielte Wirtschaftsbereiche müssen stärker gefördert werden und die Nahversorgung, die hier immer im Raum gestanden ist. Jetzt geht es darum, dass nur einige Bereiche gefördert werden sollen, Kreativwirtschaft und Tourismus.

Und dass ich mit dieser Meinung nicht alleine dastehe, da kann ich Ihnen vom gestrigen Symposium von der

Frau VBgmin Brauner und der Frau Präsidentin Jank vorlesen: Hier steht ganz einfach wirklich drinnen, dass uns klar ist, dass wir gerade jetzt nicht nachlassen dürfen und dafür sorgen müssen, die Attraktivität und Absicherung des Wirtschaftsstandortes Wien konsequent, offensiv und kooperativ weiterzubetreiben. Dafür sind maßgeschneiderte Förderungen ganz entscheidend und natürlich gehören auch gut qualifizierte Fachkräfte dazu. Und noch weiter der wichtigste Satz: „Dazu bedarf es grundlegender Veränderungen in Verwaltung, Ausbildung und internationaler Ausrichtung der Stadt.“

Meine Damen und Herren, Sie wissen, was gemacht werden soll, aber Sie machen es anscheinend nicht, weil wir gerade jetzt merken, dass sicherlich, ich würde es so bezeichnen, ein Stillstand in dieser Stadt herrscht, wenn wir morgen einen Gemeinderat haben, wo wir 18 Tagesordnungspunkte haben! Das hat es, glaube ich, in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben, dass da in dieser Stadt überhaupt nichts weitergeht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weiters eine Vereinfachung des Zuganges zu den Förderungen. Auch hier gibt es extrem viele Förderstellen. Auch hier das System, hätte ich bald gesagt, der Privatisierung à la SPÖ. Es gibt die Wirtschaftsagentur und unter der Wirtschaftsagentur wurden viele, viele Gesellschaften angesiedelt, um es im Großen und Ganzen nicht einfacher, sondern eigentlich in abgeteilte Kasteln für die Wirtschaft zu machen und der Zugang ist nicht ganz einfach. Eine Reform der Wirtschaftsagentur und der Wirtschaftsförderung wurde uns voriges Jahr versprochen, Herr Kollege Strobl, und ist bis heute nicht erfolgt, eine Anpassung! Es hat voriges Jahr die Frau Vizebürgermeisterin hier eindeutig gesagt, es wird zu einer Reform der Wirtschaftsförderung kommen und es wird auch zu einer Reform der Wirtschaftsagentur kommen, die effizienter und besser gestaltet wird. Was machen Sie, wie gesagt? Sie erhöhen die Gebühren und Sie belasten die Wienerinnen und Wiener und die Wiener Wirtschaft! Wir fordern daher eben, meine Damen und Herren, eine Aussetzung des Valorisierungsgesetzes, weil es ganz einfach nicht so sein kann, Gebühren prinzipiell dann zu erhöhen, wenn der Verbraucherindex steigt und das die einzige Motivation ist, dass es zu einer Gebührenanpassung kommen muss. Das kann es daher nicht sein. Wir verlangen daher eine Abschaffung dieses Gesetzes und glauben, damit viel zu erreichen. Ich darf daher mit meinen Kollegen Alexander Neuhuber und Isabella Leeb folgenden Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen:

„Der Wiener Landtag möge beschließen: Der Wiener Landtag spricht sich für die Aussetzung der automatischen Gebührenerhöhung für das Jahr 2012 Abfall-, Wasser-, Abwasser-, Kanalgebühr sowie die Abgabe für Kurzparkscheine gemäß dem Wiener Valorisierungsgesetz aus. In weiterer Folge spricht sich der Wiener Landtag für die Abschaffung des Valorisierungsgesetzes aus.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Ellensohn. Ich bitte darum.

Abg David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Heute ist, wenn ich sage, ein Freudentag, dann muss ich zuerst sagen, nicht nur, weil wenn sich die Sabine Gretner aus dem Grünen Klub in eine andere Welt verabschiedet, dann ist das für uns nicht nur ein Freudentag. Aber weil die Sabine Gretner für sich selber sehr zufrieden und glücklich ist, ist es für sie ein glücklicher Tag, und dann ist es auch für uns zufriedenstellend. Wir sind ja nach wie vor im Guten. Die Sabine Gretner hat Großes für die Stadt geleistet und ist jung genug, um weiterhin an anderer Stelle Großes zu leisten. Ich wünsche ihr auf ihrem weiteren Weg viel Spaß und viel Erfolg. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Viel Spaß haben wir da nicht immer, aber Erfolg haben wir öfter und deswegen bedanke ich mich bei der Opposition für den heutigen Sonderlandtag. Der Sonderlandtag lautet - irgendwas hat er mit Belastungen und Ende der Belastungen. Und deswegen freut es mich, mitteilen zu können, was wir alles in der Tarifreform erreicht haben, was GRÜNE und SPÖ gemeinsam beschlossen haben und erkläre Ihnen einmal genauer, warum das so wichtig ist.

Wir haben von ganz, ganz vielen Wienern und Wienerinnen, von tausenden mittlerweile, nur Glückwünsche bekommen. Alle gratulieren. Die Journalistinnen und Journalisten gratulieren. Wir haben ausschließlich Lob, eigentlich müsste man sagen, von allen in Wien bekommen. Alle sagen, super, schön, endlich gibt es etwas, was auch billiger wird, weil die ganze Welt teurer wird. Wenn ich einkaufen gehe, ist es teurer. Endlich gibt es was, das billiger wird. Alle sagen, es ist schön, dass es einmal so etwas gibt, bis auf die Wiener FPÖ und Wiener ÖVP. Das ist schade. Und jetzt muss man eine Wertestudie aus Europa zitieren. In Europa ist es tendenziell so, dass die Mieselsüchtigen, die, die nicht glauben, dass man noch was machen kann und sich leider selber aufgeben, die wählen tendenziell alle rechts-konservativ, ganz rechts außen. Alle, die glauben, dass Zukunft gestaltbar ist, dass man was machen kann, dass es besser geht, dass es sich lohnt zu kämpfen, wählen progressiv. Das kommt jedes Jahr raus, seit Jahrzehnten. Und leider sehe ich mich auch in Wien bestätigt, denn wenn ich eine Senkung des Tarifs bei den Wiener Linien um 84 EUR pro Person, die eine Jahreskarte kauft, sehe und es kommt kein Applaus von der Opposition, dann sage ich, das tut mir für Sie alle leid. Und ich weiß, dass es schwer ist abzufeiern, wenn von Regierungen Erfolge gemacht werden, aber das wäre jetzt doch einmal einen gemeinsamen Applaus in diesem Haus wert: 365 EUR, 1 EUR am Tag für die Stammkundschaft bei den Wiener Linien. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Und es passt schon, dass manche Leute bei halbvollen Gläsern nur das halbleere sehen. Das ist auch schade. Das ist persönlich kein Zustand, der wahnsinnig glücklich macht, aber okay, das muss es geben, es gibt Leute, die sagen immer nur, das passt nicht, das passt nicht. Das ist schade. Besser leben tun wir, wenn wir zwischendurch auch sagen, das haben wir erreicht, das machen wir, wir machen es besser. Wenn ein Glas so voll ist, dass es beinahe übergeht, und sich dann noch

auf diesen halben Zentimeter da oben zu konzentrieren und nur dort hinzuschauen, das ist eine Kunst, die nicht jeder kann. Aber die Freiheitlichen und die ÖVP versuchen es auch hier. Das ist sehr schade.

Zukunft ist machbar. Sie haben es lange alle gelesen, es kann nicht kommen, das gibt es nicht. Und wenn wir jetzt vergleichen, was gesagt wurde, und ich nehme jetzt die Position der Wiener Linien, die über die Medien verbreitet wurde, weil man über Verhandlungen ja nicht gerade unbedingt tägliche Berichte abliefern muss, da verändert sich ja laufend was, aber das Management der Wiener Linien hat ja selber in den Medien seine Preisvorstellungen kundgetan. Und wenn man das jetzt mit dem Ergebnis vergleicht, dann war dort eine Jahreskarte von ungefähr 515 EUR, einmal steht 13 Prozent, einmal 17, und Sie haben jetzt eine Jahreskarte von 365 EUR. Das ist eine Differenz von 150 EUR für eine Person. Das heißt, dieser Haushalt, der da mit 2 Leuten plakatiert wird, 2 Erwachsenen und 2 Kindern, spart, wenn er 2 Jahreskarten hat, 300 EUR und ist sogar in der Berechnung der ÖVP hochweis. Wenn Sie das bei dem Plakat dazuschreiben könnten, wäre ich sehr dankbar, weil es dann heißt - weil ich habe immer gesagt, ich weiß schon, warum Sie Rot rot schreiben, Grün grün und Sauerei schwarz auf dem Plakat, aber das ist ein Bonmot am Rande. Aber wenn Sie die Rechnung ... *(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN.)* Das kann keinen Ordnungsruf wert sein, weil das Plakat habe nicht ich gemacht und das hat kein Grüner entworfen! *(Weitere Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Ich habe nur das Plakat quasi zitiert.

Wenn man sich anschaut, was wir bei den SeniorInnen gemacht haben, da wird jetzt gefeilscht. Und damit man ein Haar in der Suppe findet, sagt man, die kriegen jetzt weniger Prozente. Wenn ich einkaufen gehe und es steht Prozente oben, dann würde ich immer gerne wissen, wo kommt der Ursprungspreis her und von was rechne ich 1 Prozent aus.

Kein Mensch über 60 hat eine Freude, wenn man die Jahreskarte - Hausnummer - auf 1 000 hinaufsetzt und dafür 60 Prozent gibt. Dann kostet sie nämlich 400. Es geht nicht um die Prozente, sondern um den realen Preis. Wäre die Jahreskarte dort, wo es das Management der Wiener Linien haben wollte, bei 515 EUR, dann wären die SeniorInnen alle bei 257 EUR. Das sind sie nicht, sondern sie sind bei 224 EUR. Das heißt, SPÖ und GRÜNE haben beschlossen, dass die Jahreskarte auch für Seniorinnen und Senioren billiger wird, immerhin im Verhältnis von den Wiener Linien zu dem, was passiert, um 33 EUR. Auch das ein großer Erfolg. Und alle, die 60 sind, über das kann man eh lange reden, kommen jetzt in den Genuss. Das heißt, es kommen ja fünf Jahrgänge dazu. Wieso das so eine massive Verschlechterung sein soll, verstehe ich nicht. Und die lange Rechnung, dass jetzt jemand, der 55 Jahre ist, die nächsten Jahre so viel davon profitiert, dass diese Steigerung sehr, sehr lange nicht schlagend wird, sondern dass man da ganz lange im Positiven ist, das wäre jetzt eine größere Rechnung, das können wir gerne einmal machen. Wir werden das auch zusammenstellen. Auf jeden Fall profitieren Senioren und Seniorinnen davon, dass Grün und Rot sich auf

eine Preisgestaltung bei den Wiener Linien geeinigt haben, die jetzt eben bedeutet, dass Senioren und Seniorinnen 224 EUR zahlen und nicht die 257 EUR, die kolportiert wurden.

Die Studentinnen und Studenten, da kriegen wir dann Mails aus Niederösterreich, wo es schon einen Landeshauptmann gibt, der auch zuständig wäre. Und so wie Wien nicht die Kindergartenplätze in Niederösterreich finanziert und Niederösterreich nicht die Kindergartenplätze in Wien, logisch, ist es ja nicht unmöglich für den Herrn Pröll, seinen Studierenden auch etwas zu gönnen, so wie man das in Wien macht. Das muss man nämlich schon sagen, ein paar Sachen bleiben dort, wo sie sind. Wenn ein Kind aus Wien in Purkersdorf in den Kindergarten geht, bekommt es diese 226 EUR, die der Gratis-Kindergarten kostet, ersetzt. Wenn ein Kind aus Niederösterreich nach Wien kommt, kriegt es eine Rechnung und kriegt es nicht ersetzt. Das ist aber die Angelegenheit vom Herrn Pröll. Dass der Herr Pröll seinen Kindern nicht gönnt, was Rot-Grün hier den Kindern von Wien schon gönnt, das ist ein Problem der ÖVP und das gilt auch bei den Studierenden. Ja, Studierende, die in Wien wohnen und da den Hauptwohnsitz haben, profitieren von dieser Regelung. Eindeutig. Da brauchen wir nicht lange reden. Es ist ja auch einen Monat länger dabei. Und niederösterreichische Studierende haben nicht denselben Vorteil, weil der Lhptm Pröll ihnen diesen Vorteil nicht gönnt. Ich hoffe, da wird umgedacht. Ich wünsche mir, dass der Herr Pröll das so macht, wie wir das hier gemacht haben und ebenfalls den Studierenden unter die Arme greift.

Die Nachmittagsbildungskarte wurde so wunderbar verändert und ausgebaut, dass der Katholische Familienverband, unverdächtig, unbedingt ein großer Anhänger der rot-grünen Regierung zu sein, ein „Super gemacht. Danke. Langjährige Forderungen erfüllt.“ ausschickt. Die Nachmittagsbildungskarte gilt jetzt bei allen Schulveranstaltungen. Das war für Eltern immer ein bisschen lästig, am Vormittag immer einen halben Fahrschein mitzugeben. Es ist in der Ausweitung besser geworden. Es fängt eine Stunde früher an. Es ist der Samstagvormittag dabei. Das ist für viele Eltern ein riesiger Vorteil, den Kindern ist es relativ wurscht in der Volksschule. Auch das ein riesiger Erfolg. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Dann haben wir sogar noch die Monatskarte um mehr als 10 Prozent gesenkt. Es würde mich jetzt interessieren: Was wird in Kärnten um 10 Prozent gesenkt? Oder senken die irgendwelche Tarife für irgendetwas, wo sie selber zuständig sind? Gibt es das irgendwo in einem Bundesland, wo diese Parteien ÖVP und FPÖ alleine zuständig sind und irgendetwas wird günstiger? *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Nein, nein!)* Nein. Es war eine einfache Frage, es war eine rhetorische Frage und die wird nicht beantwortet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dann haben wir noch erreicht, dass RadlerInnen ihr Rad, egal, mit welchem Fahrschein, mitnehmen dürfen. Das war bis jetzt nur mit der Jahreskarte möglich. Nachdem sich SPÖ und GRÜNE auch für ein verstärktes Radprogramm insgesamt einsetzen, macht es auch

Sinn, das bei den Wiener Linien fortzusetzen. In Zukunft dürfen RadfahrerInnen, die nicht alle eine Jahreskarte haben, weil wer sehr fleißig Rad fährt, und da haben wir ein paar bei uns, nicht alle, ich fahre zu wenig, aber wir haben da ein paar, die fahren eher mit wenigen Fahrschein und die brauchen in Zukunft keinen mehr, wenn sie einen Einzelfahrschein lösen. Es ist nicht mehr so wie bis jetzt, dass der Einzelfahrschein und das Radfahren zusammen 2,70 EUR kostet, sondern jetzt 2 EUR. Auch hier eine klare Verbesserung für alle. Also wenn Sie viel mit den Öffis oder viel mit dem Rad fahren, dann profitieren Sie komplett von dieser Tarifsenkung in einem Ausmaß, dass das fast ein bisschen eine Bitzelei ist, wie Sie sonst da die Cent zusammenklauben und der ÖVP die Rechnung hinten und vorne nicht aufgeht. Es ist schade, dass Sie das trotzdem immer wieder anstellen.

Ich sage es noch einmal: Zwei Erwachsene in einem Haushalt 300 EUR gegenüber den kolportierten Preisen, die Sie ja immer mitunterstützt haben. Die ÖVP hat, glaube ich, öffentlich gesagt, die Jahreskarte darf nicht billiger werden. Da gibt es ja Aussendungen dazu. Sie haben das ja eher unterstützt, was vom Management kommt. Ich bin schon froh, dass sich das Management in dieser Frage nicht durchgesetzt hat. Die haben halt Sorge gehabt, dass sie das Geld für den Ausbau und andere Verbesserungen nicht haben. Das verstehe ich soweit. Nur, das Problem gibt es nicht. Die Wiener Linien werden ihr Programm so fahren können, wie sie wollen. Das Management ist gut beraten, mit der SPÖ und mit den GRÜNEN zusammenzuarbeiten. Das machen wir auch, noch enger als wir es bis jetzt gemacht haben. Und dann sind alle gemeinsam sehr zufrieden und der öffentliche Verkehr wird für bessere Luft, weniger Lärm, weniger Strafzahlungen an die EU und so weiter sorgen. Das sollten eigentlich alle unterstützen. Ich warte nicht auf den Applaus der GRÜNEN und der Sozialdemokraten, sondern ich warte eigentlich auf den Applaus der Volkspartei und der Freiheitlichen, die mir Gelegenheit gaben, diese 365 EUR für die Jahreskarte hier zu bewerten. Vielen Dank! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Frank zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Henriette **Frank** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn die Frau Gretner davon gesprochen hat, dass Sie jetzt müde ist, hier diesen Debatten beizuwohnen, dann muss ich ihr recht geben. Das Plenum ist leer, was ja bedeutet, es interessiert niemanden. Die GRÜNEN sind mundtot gemacht worden, seit sie in der Regierung sind, und von Visionen keine Rede. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Und, Herr Ellensohn, Sie stellen sich heraus und brüsten sich mit einem Fahrschein von 365 EUR und plakatieren 100 EUR. Wissen Sie, wo da der Unterschied ist? Das müssen Sie einem sozial Schwachen erklären. Das sind ein paar Hundert Euro! Sie brüsten sich, wie toll Sie sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber ich wollte noch zur Frau Gretner wegen dieser Diskussion sagen: Wer hat denn der Live-Übertragung eines ORF nicht zugestimmt? Es waren auch die GRÜ-



NEN! Und es würde sehr gut tun, wenn die Leute sehen, dass Grün und Rot überhaupt nicht an den Problemen der Bevölkerung interessiert sind.

Wir haben heute eine Sonderlandtagssitzung über das Valorisierungsgesetz und die Frau Krottsch spricht über Bildung, Gratiskindergarten und Spitalsreform. Sie spricht über fünf Säulen, das heißt, über soziale Nachhaltigkeit, und die Belastung in den Jahren 2006 bis 2011 durch die rote und letztlich auch die rot-grüne Regierung beträgt für eine Durchschnittsfamilie 1 250 EUR. Wo ist denn da die soziale Nachhaltigkeit? Sie sind gut durch die Krise gekommen, spricht die Frau Krottsch, und wir haben einen extrem hohen Schuldenstand und die höchste Arbeitslosigkeit in Österreich. Sie stellen sich heraus und werben mit etwas, was überhaupt keine Werbung verdient. So schaut es aus in Wien.

Ich möchte jetzt aber zu meiner Rede kommen, um nicht zuviel den anderen zu widmen. Es gab eine Zeit, da hieß es: Armut explodiert in Wien, kalte Weihnachten für tausende Familien und kleine Kinder. Da wurde unter anderem davon gesprochen, dass dieses Valorisierungsgesetz ein Skandal ist, es ist zum Narrischwerden und eine bodenlose Sauerei, was dann auch noch einen Ordnungsruf einbrachte. So sprach einmal ein Herr Ellensohn. Und dass die Roten nur mit der Gießkanne das alles verteilen und dass das die Probleme nicht löst. Ja, glauben Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, die Probleme werden gelöst, wenn man Elektrofahräder mit 70 EUR sponsert oder wenn die Mindestsicherung für Kinder zwar um 60 EUR angehoben wird, aber Sie parallel dazu durch dieses Valorisierungsgesetz den Familien hunderte Euro im Jahr kosten? (*Abg David Ellensohn: 60 EUR mal 12!*) Das sind 720 EUR, aber sie haben ja 1 250 EUR an Mehrkosten! (*Beifall bei der FPÖ.*) Das passt doch hinten und vorne nicht.

Und wenn Sie sich so brüsten, was Sie jetzt alles mit Ihrem Fahrschein machen: Es ist immer noch nicht ausgesprochen, wie hier Jugendliche und Studenten und so weiter außerhalb dieser festgelegten Zeiten, nämlich der gesetzlichen Sonn- und Feiertage, der gesetzlich festgelegten schulfreien Tage und so weiter, Kinder unter 15 Jahre, Studenten und Lehrlinge fahren dürfen.

Wir wollen, dass auch diese mit einem öffentlichen Verkehrsmittel gratis fahren. Alles andere, was hier im Gesetz vorgesehen ist, bedeutet ja nur enormen Verwaltungsaufwand und bringt nichts. Wir bringen daher diesen Antrag ein:

„Das Land Wien möge gesetzliche Vorkehrungen treffen beziehungsweise mit dem Bund und den jeweiligen Verkehrsbetrieben Vereinbarungen abschließen, die es ermöglichen, dass Schülern, Lehrlingen und Studierenden alle öffentlichen Verkehrsmittel in Wien kostenlos und ohne Selbstbehalt zur Verfügung stehen.“ (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und nun noch zum Valorisierungsgesetz. Auch hier wurde von der Frau Krottsch so stark hervorgehoben, wie wichtig es ist, dass die Infrastruktur und so weiter funktioniert und das jetzt alles gedeckt wird. Aber im Gesetz schreiben Sie, der mutmaßliche Jahresertrag dieser Abgabe darf das doppelte Jahreserfordernis für die Er-

haltung und den Betrieb der benützten Einrichtungen sowie für die Verzinsung und Tilgung der Errichtungskosten unter Berücksichtigung einer der Art der Einrichtungen entsprechenden Lebensdauer nicht übersteigen. Das heißt, wenn Sie 50 Prozent Kosten haben, dürfen Sie parallel dazu 50 Prozent Gewinn machen. Das ist doch nicht sozial, meine Damen und Herren, und entspricht ja auch nicht. Lesen Sie die Rechnungshof- und Kontrollamtsberichte! Sie weisen doch alle darauf hin, dass hier eine Änderung stattfinden muss. Wenn es jetzt um diese Valorisierung geht: Das Gesetz beruht auf Betriebskosten, auf Kosten einer Basis, die erhöht werden soll. Ich sage Ihnen jetzt, wie Ihre Basis aussieht.

Wir haben hier eine Wohnhausanlage – ich werde jetzt ganz konkret – im 10. Bezirk, in der Laaer-Berg-Straße. Da hat es jetzt 2004 und 2010 eine Wassererhöhung – es sind zwei verschiedene Bauten – gegeben, bei einem waren es 39 Prozent, beim anderen 86 Prozent. Warum denn 86 Prozent? Weil Ihre Kontrollen nicht funktionieren. Es ist völlig legal für Sie, dass man Bauwasser und Baustrom einfach von der Hausanlage abzieht und den Mietern aufrechnet und dann auch noch valorisiert! Na, sehr sozial, die 5. Säule mit der sozialen Nachhaltigkeit! Beim Kanal 88 Prozent Erhöhung, Müll 52 Prozent, Entrümpelung 172 Prozent und dann kommen noch Hausbesorger- und Fremdbetreuung mit 111 Prozent und eine Gartenbetreuung mit einer Erhöhung von 353 Prozent! Und dann wollen Sie noch valorisieren? Jetzt sage ich Ihnen auch, wie diese Berechnungen ausschauen, die Sie erhöhen wollen.

Bei Durchsicht einer Wohnhausanlage im 17. Bezirk und der mir überlassenen Betriebsabrechnungs-CD sind mir folgende Punkte aufgefallen: Hier geht es um Wasser und Kanal. Es wurde statt dem Abwasser- und Wasserbescheid 2009 der von 2010 zwei Mal eingescannt. Bei der Müllabfuhr: Es wurde kein Bescheid eingescannt, der letzte Bescheid war aus 2006 und es gibt für die jetzigen Buchungen keine bescheidmäßige Grundlage. Entrümpelung: Bei den gebuchten Rechnungen wurde kein bestätigter Lieferschein gefunden, außerdem ist der berechnete Sperrmüll zu teuer. Rauchfangkehrer: Aus den abgebildeten Rechnungen sind kein Leistungsdatum und kein Leistungsumfang ersichtlich. Schädlingsbekämpfung: Es wurden zwei Firmen beauftragt für Rattennachschau und Nagerbekämpfung. Warum das so ist, weiß man nicht. Strom und Gas: Die gebuchte Rechnung für die Stiegenhausbeleuchtung ist enorm zu hoch und deutet darauf hin, dass es sich hier um den Waschküchenstrom handelt, denn das Waschküchenwasser wird nach wie vor nicht verbrauchergerecht abgerechnet, sondern nur der Strom und das Gas auch nicht. Wir haben hier schon sehr eklatante Differenzen, die nach wie vor allen Mietern zu Lasten gehen. Versicherungen: Die gebuchten Ersätze aus Mieterverrechnung sind nicht nachvollziehbar. Leider wurde bei der Grundsteuer kein Bescheid eingescannt, daher sind die gebuchten Belege nicht nachvollziehbar. Hausbesorgerarbeiten: Für die verbuchten geringwertigen Wirtschaftsgüter gibt es keine Lieferscheine beziehungsweise Übernahmebestätigungen. Sämtliche Aufwendungen für den Hausbesorger

sind nicht eingescannt und daher nicht kontrollierbar. Eine Rechnung ist überhaupt erst 2011 fällig, aber Gegenstand der Rechnung 2010. Hausbetreuung: Sie ist ohne exakte Angabe der erbrachten Leistungen. Verwaltungskosten: Da keine Quadratmeteranzahl angeführt ist, ist es nicht nachvollziehbar. Gartenbetreuung: Hier ist überhaupt ganz interessant, es wurde eine Rechnung am 30.7.2010 ausgestellt, die am 11. Februar 2010 verbucht wurde. Na, das erklären Sie uns erst einmal.

Also Sie sehen, bei den ganzen Betriebskosten hinkt es hinten und vorne. Auf diese Betriebskosten machen Sie jetzt noch eine Wertsteigerung, obwohl nicht einmal die Basis geklärt ist. Dass wir solchen Aktivitäten nicht zustimmen können, liegt, glaube ich, klar auf der Hand. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Schubert. Ich erteile es.

Abg Ingrid **Schubert** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Um auf die Vorredner, glaube ich, eingehen zu müssen, wäre jetzt meine Redezeit zu kurz.

Frau Frank, ich schätze Sie sehr als praktische Kollegin, aber ich glaube, hier haben Sie jetzt doch eine sehr große Themenverfehlung von sich gegeben. Sie haben meines Erachtens jetzt nur über die Vorkommnisse oder über die Abrechnung eines Hauses von Wiener Wohnen gesprochen. *(Aufregung bei Abg Henriette Frank.)* Ich nehme daher auf Ihre Ausführungen nicht Bezug, denn hier, glaube ich, wäre die Zeit zu kurz, um auf die Gedanken und Äußerungen der Opposition einzugehen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist symptomatisch!)* Mir ist es hier wichtig, dass wir über die Richtigkeit und über die Wichtigkeit dieses Valorisierungsgesetzes sprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Hierzu möchte ich auch die Wichtigkeit und Richtigkeit, die ich angesprochen habe, hervorheben.

Die städtische Infrastruktur unserer Leistungen in Wien, und das sollten wir uns alle zu Gemüte führen, gehören weltweit zu den besten. Der nun faire Kompromiss im Hinblick auf die Gebührenanpassung mit unserem Koalitionspartner ist notwendig, damit dies auch so bleibt und diese wunderbare Infrastrukturleistung beziehungsweise die vielfältigsten öffentlichen Dienstleistungen für unsere Zukunft sicherstellt und finanziert, um weiterhin auch in hoher Qualität angeboten werden zu können. Wie wir wissen, zwingt uns diese derzeitige wirtschaftliche Situation dazu, letztlich sinnvoll zu handeln, sprich, gezielte Investitionen vorzunehmen, um die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu stabilisieren, die Qualität an der Wiener Infrastruktur und deren Erhaltung auch zukunftsorientiert zu gewährleisten und auch auszubauen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Keinesfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann hier, wie so oft kolportiert, vom Körpergeld der Stadt gesprochen werden, ganz im Gegenteil. Derzeit fehlen der Stadt Wien zirka 600 Millionen EUR jährlich. Gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir die öffentlichen Dienstleistungen zusätzlich noch

mit Geldern des allgemeinen Haushaltes bedecken, um den hohen Qualitätsstandard – ich komme wieder auf diesen zurück –, der bisher erreicht worden ist, auch sicherzustellen. Daher sind die Gebührenanpassungen beziehungsweise das Valorisierungsgesetz notwendig. Im Bereich der Abfallwirtschaft ist die Gebührenanpassung notwendig geworden. Wien ist im internationalen Standard unter den Besten dabei und das sollten wir auch nicht vergessen. Diese Botschaften sollten wir der Wiener Bevölkerung auch kolportieren, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Lebensqualität und die Sauberkeit unserer Stadt sind sogar in Westeuropa einzigartig. Falls es nicht bekannt ist, gebe ich auch diese Mitteilung gerne weiter. Diesbezüglich sei aber auch erwähnt, dass die letzte Valorisierung im Jahr 2009 stattgefunden hat. Im Bereich der Wasser- und Abwassergebühren ist daher ebenfalls die Notwendigkeit, die Gebühren zu erhöhen, gegeben.

Das Wiener Trinkwasser, wir alle schätzen es sehr, und wenn wir aus dem Ausland zurückkommen, dann glaube ich umso mehr, wird in höchster Trinkwasserqualität Hochquellwasser angeboten. Damit die Qualität auch in Zukunft so bleibt, ist die Gebührenanpassung, wie schon erwähnt, im Bereich Wasserversorgung unumgänglich. Mit dieser Erhöhung sind jedenfalls die schon notwendigen Investitionen, die in die Sanierung des Wiener Wasserleitungsnetzes fließen sollen, garantiert.

Konkret heißt das, hier über die Euroerhöhungen zu diskutieren, ist, glaube ich, aber nicht sinnvoll. Es wird ja nur immer die 33-prozentige Erhöhung kolportiert. Die enorme Erhöhung ist in Wirklichkeit aber eine Mehrbelastung für 1,70 EUR pro Person und Monat. Diesbezüglich muss man aber dazu auch noch klar sagen, dass die Wassergebühren, bitte sehr, und man möge jetzt wirklich gut aufpassen, vor allem die Opposition, 1995, vor 16 Jahren, das letzte Mal angehoben wurden. Die Valorisierung im Jahr 2009, das möge man auch der Wiener Bevölkerung weitertransportieren, vor allem die Freiheitlichen, die das ja sehr gerne vergessen, wurde ausgesetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mindereinnahmen von dieser Aussetzung betragen immerhin 500 Millionen EUR. Und die Nichtanpassung der Wassergebühren hatte zur Folge, dass Erhaltungs- und Sanierungsarbeiten nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden konnten.

Auch die Kanalgebühren wurden seit 1995 erstmals im Jahr 2006 erhöht. Hier ist die Erhöhung auch eine sehr moderate, denn auch hier gibt es Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten, die unbedingt durchzuführen sind. Dazu gesagt sei auch noch, dass die monatliche Erhöhung bei einem durchschnittlichen Verbrauch, ich meine hier die Kanalgebühren, von 85 Prozent pro Haushalt darstellt.

Eine weitere notwendige Gebührenerhöhung betrifft die Wiener Parkraumbewirtschaftung. Wichtig ist, bei diesem Punkt zu erwähnen, dass das Parkpickerl für Anrainer, das wir alle kennen, im 10-Minuten-Parkschein davon ausgenommen ist. Lediglich die Parkscheine werden in 5-Prozent-Schritten angehoben. Die Mehrein-

nahmen aus dieser Gebührenerhöhung sind jedenfalls zweckgebunden und werden, sollten Sie es nicht wissen, in die Verkehrssicherheit, in den Bau von Garagen, Park-and-ride-Garagen, öffentliche Verkehrsmittel, Citybike-Stationen und Radabstellplätze zukunftsorientiert investiert.

Auch die Abschleppkosten, meine sehr geehrten Damen und Herren, waren im Betrieb nicht kostendeckend. Daher werden auch diese sinnvoll auf die hundertprozentige Deckung der dort anfallenden Kosten angehoben werden müssen. Das heißt konkret, dass die derzeitige Abschleppgebühr von diesen besagten 192 EUR auf die richtigen 240 EUR angepasst werden müssen.

Wenn man schon von Gebühren und Erhöhungen und Valorisierungen spricht, sollte man vielleicht einmal auch alles ansprechen. Auf Grund des in letzter Zeit gestiegenen internationalen Erdöl- und Erdgaspreises musste auch der Energiepreis der Fernwärme Wien angehoben werden, jedoch nicht in der Preissteigerung. Das sollte man ehrlicherweise der Wiener Bevölkerung auch kolportieren, dass das unser Verdienst ist, nicht für die Preissteigerung von Öl und Gas. In der Vergangenheit konnte auch die Fernwärme Wien ihren Preis drei Jahre lang stabil halten. Die moderate Steigerung für einen durchschnittlichen Fernwärmekunden sind auch 3 EUR pro Monat. Es wurde auch ein neues Preismodell für Neukunden mit geringerem Energiebedarf eingeführt. Ab 50 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr werden die bisher fixen Grundkosten bei einer gleichzeitigen Anhebung der verbraucherpreisabhängigen variablen Bezugskosten gesenkt. Somit ist eine Heizkosteneinsparung von bis zu 16 Prozent möglich und ist jedenfalls auch ein zukunftsorientierter und umweltfreundlicher Anreiz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Grund der in den letzten Jahren wachsenden wirtschaftlichen Herausforderung unseres Landes wurde schon im Jahr 2009 und 2010 massiv in den Arbeitsmarkt und in die öffentlichen Betriebe sinnvoll investiert, um Stabilität in unserem Land jedenfalls zu gewährleisten und zukunftsorientiert zu verbessern. Sie hören mir sehr gut zu, Frau Kollegin Frank, das freut mich. Somit haben wir heute in Wien einen Beschäftigungshöchststand und ein prognostiziertes Wachstum für die Zukunft in dieser schweren Zeit geschaffen. Trotz der derzeit notwendigen Valorisierung, speziell in den Bereichen Abfall, Wasser, Kanal, Parken, stellt unser Angebot jedoch auch nach der Valorisierung international, und das muss man so auch sehen, noch immer eine sehr, sehr günstige Preisgestaltung dar.

Trotz notwendiger Gebührenanhebungen auf Grund des in letzter Zeit stark gestiegenen Verbraucherpreisindex konnte mit unserem Koalitionspartner eine faire und soziale Gestaltung auch in der Tarifreform der Wiener Linien ausgehandelt und auch schon beschlossen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die rot-grüne Tarifreform beinhaltet viele zukunftsweisende Anreize für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und trägt auch das Siegel der Umwelt und Nachhaltigkeit

für kommende Generationen. Diese soziale Tarifgestaltung soll speziell für Senioren, aber auch für Kinder und Jugendliche Vergünstigungen bringen. Generell ist diese Tarifreform dahin gehend ausgerichtet, das Angebot der Wiener Linien jedenfalls attraktiv zu gestalten, zu sichern, auszubauen und auch die Mobilität der Wienerinnen und Wiener zu garantieren. Auch die Pendler aus den umliegenden Ländern, wenn man sich genau damit beschäftigt, werden stark von unserer Tarifgestaltung profitieren. Die Sicherung so wie der Ausbau erhalten nicht nur tausende Arbeitsplätze bei den Wiener Linien und den Zulieferbetrieben, sondern treiben auch einen wirtschaftlich wichtigen Zweig der Wirtschaft an. Somit sind zum Beispiel jedenfalls Beauftragungen, ich komme zurück auf unsere Donaustadt, im Bombardierwerk in Wien-Donaustadt sichergestellt und die Arbeitsplätze auch da gesichert. Somit sollen die Wiener Öffis das bleiben, was sie sind: Ein wichtiges Standbein der Wiener Wirtschaft, ein Mobilitätsgarant der Wienerinnen und Wiener.

Falls, so wie Sie es meinen, das Valorisierungsgesetz ausgesetzt werden würde, würde der öffentliche Haushalt der Stadt Wien und der Wiener Bezirke stark destabilisiert werden und ich denke, das kann auch nicht in Ihrem eigenen Interesse sein. Die Valorisierung ist auf jeden Fall notwendig, da diese Abhängigkeit der Indexanpassung auch langfristig ausgesetzt entsprechend höhere Gebühreneinhebungen mit sich bringen würde. Jedoch sind kurzfristig moderate Gebührenanhebungen im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung eine klare Forderung, um in Zukunft auch Gebührenanhebungen zu vermeiden. Auch die Gebührenkoppelung an den Verbraucherpreisindex, meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt, bei geringer Teuerung geringere Gebührenanpassung und umgekehrt, stellt eine soziale und sinnvolle Regelung dar. Die rot-grüne Tarifreform, ich komme noch einmal darauf zurück, hilft gerade den Wienerinnen und Wienern in Wien in den Krisenzeiten. Klar muss jetzt sichergestellt werden und auch in Zukunft daran gearbeitet werden, dass die öffentlichen Einrichtungen und die Betriebe gestärkt und jedenfalls auch in öffentlicher Hand bleiben, um das Angebot und die Qualität sicherzustellen, um Korruptionsskandale durch blau-schwarze Privatisierungen, die heute an der Tagesordnung stehen wie der Telekom-Skandal, BUWOG-Skandal, um nur einige hier aufzuzählen, keinesfalls zuzulassen. Skandale wie der Ausverkauf unseres Landes haben wir genauso wenig notwendig wie die blaue Zuwanderungspolitik mit blauen Staatsbürgerschaftsausverkäufen.

Das Valorisierungsgesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist somit unumgänglich, um die Wiener Wirtschaft, Arbeitsplätze und Dienstleistungen in wirtschaftlich angeschlagenen Zeiten wie diesen sicher zu garantieren. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dipl.-Ing Margulies. Ich erteile es.

Abg Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben jetzt schon einiges zur finanziellen Situation der Stadt Wien gehört.

Ich möchte auf das ein bisschen näher eingehen, davor allerdings noch eine kurze Bemerkung über die Glaubwürdigkeit in der Politik machen, über das Verhalten innerhalb dieses Hauses, aber auch außerhalb dieses Hauses.

Wenn in irgendwelchen Pamphleten zum Beispiel geschrieben wird, dass ein Herr Landtagspräsident Herzog der einzige Politiker ist, der auf Dienstwagen verzichtet, so ist das dezidiert seit vielen, vielen, vielen Jahren falsch und das wissen Sie. Die GRÜNEN haben in Oppositionszeiten noch nie einen Dienstwagen in Anspruch genommen, obwohl er ihnen immer zugestanden ist. Das wissen Sie. Das ist falsch.

Wenn Sie über eine Tarifreform sprechen, wo Sie den Wienern weismachen wollen, der Einzelfahrschein kostet 2,80 EUR, dann ist das falsch. Sie sagen bewusst die Unwahrheit. (*Aufregung bei der FPÖ.*) Sie sagen bewusst die Unwahrheit. Der Volksmund würde anders dazu sagen, aber ich darf nicht Lügner sagen. Ich darf auch nicht Lügenbold sagen. Ich darf nicht Pinocchio sagen. Das darf ich alles nicht sagen. Aber dass Sie mit Ihrer Zeitung die Unwahrheit sagen, das darf ich sagen. Und dass Sie bewusst mit dieser Zeitung verhetzen, das darf ich auch sagen, wenn man sich den Jargon dieser Zeitung ansieht. In meinen Augen ist das so.

Und jetzt komme ich aber tatsächlich zurück zu den inhaltlichen Vorstellungen, die Sie hier heute präsentieren und beginne einmal bei der Tarifreform.

Vorweg Ausgangspunkt Wien. Sie wissen, krisenbedingt Rechnungsabschluss 2010 Maastricht-Abgang 672 Millionen EUR, viele Investitionen et cetera. Im Vorschlag 2011 Maastricht-Abgang budgetiert rund 570 Millionen EUR. Es wird weniger werden, davon gehe ich jetzt schon aus, es wird weniger werden. Und Sie wissen, Stabilitätspakt, innerösterreichischer Stabilitätspakt, der auf uns zukommt, der für alle Bundesländer vorgibt, wie hoch die Verschuldung sein darf, wird für Wien in der Größenordnung, je nachdem, wie sehr am Ende dann das BIP-Wachstum in Österreich ausschaut, zwischen 360 und 380 Millionen EUR liegen. Das heißt, von heuer auf nächstes Jahr wird das Schwierige in der Budgetplanung prinzipiell sein, 200 Millionen EUR einzusparen. Das habe ich bislang von Ihnen noch nicht gehört, dass Sie das kritisieren, sondern eher das Gegenteil. Sie sind sogar der Meinung, die Stadt Wien soll ihr Defizit schneller abbauen. Ich finde es interessant, dass Sie an der Auseinandersetzung anscheinend nicht wirklich Interesse haben, Kollege Gudenus, sondern dass Sie eher Interesse haben, sich einfach hinzustellen und Sachen zu fordern. Aber Interesse an der Auseinandersetzung zeigen Sie nicht wirklich, denn sonst könnten Sie mir wahrscheinlich eine Frage beantworten, die die FPÖ bislang schuldig geblieben ist. Sie wissen ja, wir als Wiener GRÜNE haben als Wahlkampforderung 1, 10, 100 plakatiert. Dazu stehen wir auch als Forderung, weil wir dies in ein anderes Verkehrssystem einbetten, in eine andere Organisation von Mobilität, wo der Individualverkehr zurückgeht und der öffentliche Verkehr ausgebaut

wird und dadurch auch die Kosten für den Individualverkehr sinken, die Kosten der öffentlichen Hand, und damit mehr Geld für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung steht. Noch sind wir nicht da und dennoch haben wir eine Tarifsenkung, wie es Kollege Ellensohn schon präsentiert hat, erreicht, die sich sehen lassen kann. In keinem anderen Bundesland, eigentlich in keinem anderen Land wurden die Tarife für öffentliche Verkehrsmittel jemals so deutlich gesenkt wie in Wien und da können wir als GRÜNE und auch als rot-grüne Stadtregierung stolz darauf sein. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Aber ich frage Sie jetzt ganz bewusst: Haben Sie sich durchgerechnet, wie viel Geld von der jetzt präsentierten Tarifreform fehlen würde, wenn man Ihrem Antrag folgt und wie schlagen Sie vor, diese gegenzufinanzieren? Können Sie mir die Summe sagen? Ich habe es nämlich nachgerechnet. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist ja Ihr Antrag gewesen!*) Noch einmal, ich habe es versucht zu erklären: 1, 10, 100, wenn es GRÜNE realisieren, steht in einem Konzept. Ich vermisse Ihr Konzept. (*Heiterkeit bei Abg Mag Wolfgang Jung.*) Es gibt kein Konzept. Sie stellen einfach einen Antrag und sagen, mir sind die Stadtfinanzen egal. Würde die Stadt Wien, würden die verantwortungsbewussten Politiker und Politikerinnen in diesem Saal Ihrem Antrag zustimmen, würde sich das Defizit der Stadt Wien schlagartig um bis zu 300 Millionen EUR erhöhen. Das sagt Ihr Antrag.

Ich frage Sie nur: Haben Sie dafür eine Gegenfinanzierung? (*Abg Mag Wolfgang Jung: Es war ja Ihr Antrag!*) Ja, Sie werden es nachher hier sagen, wie die Gegenfinanzierung für die 300 Millionen EUR aussieht. Ich gebe zu, ich bin gespannt. Ich bin wirklich gespannt, wer erklären wird - ich glaube, die Kollegin Kappel wird nach mir reden -, woher sie die 300 Millionen EUR nimmt, um in der jetzigen Situation, die nochmals eine andere ist als vor einem Jahr, so eine Tarifsenkung wirklich argumentieren zu können. Denn vielleicht ist es Ihnen entgangen, ich glaube, Kollege Aichinger hat es nämlich gesagt, aber vielleicht haben Sie nicht zugehört: Das WIFO hat die Wachstumsprognosen, wie Sie richtig gesagt haben, halbiert mit den Auswirkungen auf Wien, dass das für kommendes Jahr bedeutet, dass noch einmal zwischen 60 und 80 Millionen EUR weniger vorhanden sind, als ursprünglich überlegt wurde, was notwendig ist, et cetera. Aber ich lasse mich von der Quadratur des Kreises überraschen. Vielleicht wollen Sie die Kindermindestsicherung wieder abschaffen. Da haben Sie ja eh nicht zugestimmt bei der erhöhten Kindermindestsicherung. ÖVP und FPÖ haben da nicht zugestimmt. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Sie machen einen Antrag und reden über soziale Sicherheit, aber der Kindermindestsicherung haben Sie nicht zugestimmt.

Jetzt komme ich noch zum Valorisierungsgesetz. (*Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.*) Ich glaube, und ich sage das ganz offen, das habe ich auch das letzte Mal schon gesagt, ich halte das Valorisierungsgesetz prinzipiell nicht für das Gelbe vom Ei. Die Realität zeigt auch, dass wir mit oder ohne Valorisierungsgesetz jedes Jahr eine Diskussion über Gebühren hier im Haus haben. Im Endeffekt, sind wir uns ehrlich, wenn sich die

Mehrheiten ändern, dann können sich Gebühren ändern, Gesetze ändern, et cetera. So wie die Mehrheitsverhältnisse jetzt sind, ist es eigentlich egal, ob es das Valorisierungsgesetz gibt oder nicht. Warum ich aber in der konkreten Situation jetzt nicht unglücklich darüber bin, ich sage es ganz offen, und jetzt schauen wir uns ein paar andere Gebühren und Tarife an, weil Sie immer über die Überdeckung reden. Mir persönlich, auch aus sozialen Gründen, sind die Bäder in Wien wichtig. Wir wissen alle miteinander, wir haben bei den Bädern einen sehr geringen Deckungsgrad. Wenn wir einen Deckungsgrad wollen, der höher liegt, wären die Bäderpreise unerschwinglich. Das wollen wir nicht. Also wird der Deckungsgrad bei den Bädern immer zwischen 10 und 12 Prozent sein. Aber das muss ja von irgendwo finanziert werden.

Wir haben die Wiener Rettung - keine Volldeckung. Wollen wir, dass die Rettungspreise noch höher werden? Nein.

Wir haben die Feuerwehr - keine Volldeckung.

Wir haben den Gratiskindergarten - auch keine Volldeckung, weil gratis.

Das heißt, bei allem, wo Sie sagen, dass Menschen belastet werden, ist es doch tatsächlich umgekehrt so: Menschen mit Kindern profitieren, ärmere Menschen mit wenig Geld, die oft auch nicht aus eigener Schuld keinen adäquaten Job finden, profitieren von der Sozialpolitik Wiens doppelt.

Und jetzt komme ich zum Wasser, weil das oft als Beispiel genannt wird, und vergleiche einmal mit der Privatwirtschaft. Ich erlaube mir das. 300 EUR Miete privat ist momentan eine sehr niedrige Miete in Wien, das wissen Sie. Jetzt flattern die Schreiben ins Haus: Inflationsanpassung, 5-prozentige Steigerung. 15 EUR im Monat mehr nur dafür, dass ich irgendwo drinnen sitze.

Da höre ich keinen Aufschrei. Ich höre keinen Aufschrei innerhalb der FPÖ, keinen Aufschrei innerhalb der ÖVP, dass die Abzocker und der Mietwucher im Privatbereich, um jetzt in Ihrem Jargon zu bleiben, die Menschen ausnehmen und dass man sofort und umgehend Mietzinsobergrenzen machen muss. Höre ich nicht, weil solange das Geld umverteilt wird zu den Reichen und Vermögenden dieses Landes, halten Sie den Mund und sagen kein Wort dazu. Nur wenn es dann darum geht, die Leistungen der öffentlichen Hand langfristig sicherzustellen, dann schreien Sie und das in einer Zeit, wo Sie gleichzeitig schreien und sagen, die öffentlichen Finanzen müssen saniert werden, es dürfen keine Schulden gemacht werden, et cetera. Aber Steuererhöhungen darf es auch nicht geben. Das Einzige, was Sie schuldig bleiben, ist, wenn Sie Forderungen aufstellen, die in Summe, wenn ich diese Anträge der FPÖ heute zusammenrechne ... (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ihre Anträge! Ihre Anträge!) Wenn Sie Ihre Anträge jetzt stellen (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Es sind Ihre Anträge! – StR Mag Manfred Juraczka: Sie haben Abzocke gesagt!), dann muss ich Ihnen tatsächlich eines dazusagen: Wenn Sie der Meinung sind, das sind unsere Anträge - Sie haben recht. Aber Sie sind Ihrer Zeit hintennach.

Wir haben diese Anträge vor vier Jahren gestellt in einer Zeit prosperierender Wirtschaft. Erinnern Sie sich, erinnern Sie sich, wie die Ertragsanteile ... (Abg Mag Wolfgang Jung: Jetzt ist die Zeit der Erhöhung!) Erinnern Sie sich an das Jahr 2008, wo die Ertragsanteile der Stadt Wien höher waren, wenn man es wirklich richtig zusammenrechnet, als sie im Jahr 2011 sind? Erinnern Sie sich daran? In dieser Zeit 2008 hat die Stadt Wien einen Überschuss gemacht. Haben Sie in den letzten drei Jahren auch nur eine Zeitung gelesen, die Sie nicht selbst geschrieben haben? Nämlich tatsächlich, dann müssten Sie doch erkennen, dass wir in einer Weltwirtschaftskrise sind und dass sich viel verändert hat. (Abg Mag Wolfgang Jung: Herr Magister, dann applaudieren wir! – Aufregung bei Abg Mag Dr Barbara Kappel.) Diplom-Ingenieur, Magister leider nicht, ist wurscht. Nein, aber ich will mich nicht mit fremden Titeln schmücken, weil das auch das Vorrecht der FPÖ ist. Ich erinnere mich daran. Aber nichts desto weniger, ich habe vor einem Jahr nicht anders gesprochen.

Ich glaube, es ist notwendig, wenn man verantwortungsvoll Politik macht, sich herauszustellen, insbesondere in der Budgetpolitik, um zu skizzieren, in welche Richtung es gehen soll. Und das, was bei Ihnen der Fall ist, ist die unglaubliche Inkonsistenz und Inkonsequenz. (Heiterkeit bei Abg Henriette Frank.) Sagen Sie bei Ihrem Modell, wie es gelingen soll, mit immer weniger Geld, das der Stadt Wien zur Verfügung steht, immer mehr Leistungen zur Verfügung zu stellen und nirgends zu kürzen, et cetera? (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Van der Bellen!) Sie wissen, dass das nicht geht. Es ist dumpfer Populismus ... (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Van der Bellen!) Sie rufen schon wieder Van der Bellen. Was wollen Sie mir sagen mit Van der Bellen? (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Na er kostet einiges!) Der Van der Bellen kostet nichts. (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Er kostet etwas!) Es gibt einen Universitätsbeauftragten der Stadt Wien, es gibt ein Büro dazu. Dieses Büro ... (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wo ist die Leistung?) Dieses Büro trägt dazu bei (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Er geistert durch das Rathaus!), dass Wien als Universitätsstadt ... (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Wo ist er? Er spuckt durch das Rathaus! – Heiterkeit bei Abg Mag Wolfgang Jung.) Na toll, bildungsferne Schichten in der FPÖ! Wien und das Büro tragen dazu bei, dass Wien als Universitätsstadt einen hervorragenden Ruf hat. (Abg Mag Wolfgang Jung: Na toll!) Kollege Jung, na toll! Das ist mir voll wurscht, voll wurscht. Wozu brauchen wir Universitäten? (Abg Mag Wolfgang Jung: Ist das Kompetenz?) Wenn wir alle Universitäten in Wien zusperren, wie es wahrscheinlich die FPÖ vorschlägt, dann hätten wir keine kompetent gut ausgebildeten Menschen in Wien und ich weiß, warum, Kollege Ellensohn hat es schon gesagt. (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Der Alexander macht es!) All jene, die keine Zukunftsperspektiven haben, all jene, die Angst vor der Zukunft haben, tendieren eher nach rechts und Sie sehen darin Ihre Chance. Sie sehen darin Ihre Chance, die Menschen zu verunsichern. (Aufregung bei Abg Mag Wolfgang Jung.) Sie sehen darin Ihre Chance, den

Menschen einzureden ... (Abg Mag Wolfgang Jung: *Ja, wir sind verunsichert!* – Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: *Der Van der Bellen verunsichert alle! Der Van der Bellen verunsichert alle!*) Ich tu mir heute wirklich schwer, einen Satz zu vollenden.

Präsident Johann **Herzog** (unterbrechend): Herr Kollege Margulies! Ich bitte Sie, mit Ihrer Wortmeldung zum Schluss zu kommen.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (fortsetzend): Da stehen noch 15 Minuten.

Präsident Johann **Herzog**: Ja, ich weiß. Mit der Uhr ist es gezählt.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (fortsetzend): O, das tut mir leid. Gut, dann komme ich zum Schluss.

Sie verunsichern die Menschen, Sie verunsichern sie gerne, weil Sie sich davon Profit erhoffen. Ganz im Gegensatz dazu stehen die Wiener GRÜNEN, die mit einer Tarifsenkung auf 365 EUR 84 EUR Nettoersparnis für jeden Wiener und jede Wienerin, der will, die will, die größte Tarifsenkung und die größte Gebührenreform in Wien aller Zeiten, ich habe kurz nachgedacht, aller Zeiten eingeleitet hat. Wir stehen zu dieser Reform. Danke. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Präsident Johann **Herzog**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abg DDr Schock gemeldet. Er hat eine Redezeit von drei Minuten.

StR DDr Eduard **Schock**: Ja, sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Der Abg Margulies hat eben ausgeführt, dass es nicht stimmt, dass der Präsident der einzige Wiener Politiker ist, der tatsächlich auf ein Dienstauto verzichtet hat und dass es auch GRÜNE gäbe, die da verzichtet hätten. Das ist natürlich falsch. Richtig ist, dass die GRÜNEN in ihrer Geschichte hier überhaupt noch nie einen Anspruch auf einen Dienstwagen hatten, weil ihre Wählergunst einfach nicht ausgereicht hat, hier entsprechende Positionen auch mit einem Dienstwagenanspruch zu schaffen.

Der Herr Margulies hat weiters gemeint, dass die GRÜNEN, eben speziell auch der Herr Ellensohn, auf einen Dienstwagen verzichtet hätten. Auch das ist falsch und muss ich natürlich berichtigen, meine Damen und Herren. Richtig ist vielmehr, dass die GRÜNEN in diesem Haus noch nie auf irgendetwas verzichtet haben, dass speziell der Herr Ellensohn noch nie auf irgendetwas verzichtet hat und dass er in seiner Zeit als Stadtrat sogar einmal Wohnbauförderung beantragen wollte, wenn das gegangen wäre.

Und dass drittens der Herr Landtagspräsident Herzog tatsächlich der einzige Politiker in Wien ist, der wirklich auf seinen Dienstwagen verzichtet hat, meine Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Johann **Herzog**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abg Ellensohn gemeldet. Ich weise darauf hin, dass er drei Minuten Redezeit hat.

Abg David **Ellensohn** (Grüner Klub im Rathaus): Ja, man darf ja nicht sagen, Herr Margulies, man darf das Wort Lüge nicht in diesem Haus verwenden, auch wenn jemand noch so oft die Unwahrheit sagt. Man darf nur sagen, das stimmt nicht und er weiß, dass es nicht

stimmt, und so weiter, und sofort. Tatsache ist, dass in diesem Haus allen Klubobleuten ein Dienstwagen zusteht, und manche haben einen und manche haben keinen. Das war immer schon, nur gerechnet wird es manchmal anders. Sie müssen nur die eigenen Budgets durchschauen. Aber Tatsache ist, dass es so ... (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: *Das ist falsch!*) O ja, es ist so, es hilft nichts. Aber es macht nichts, Sie wissen es eh. Ich kann Ihnen auch bei der Zuteilung Ihres eigenen Geldes nachrechnen, was drinnensteht, auch wenn Sie ... Ich weiß nicht, ob Sie einen haben, Herr Gudenus, ich habe keinen.

Falsch ist auch, aber das habe ich eh schon mehrfach gesagt, aber das ist wie der GR Margulies versucht immer mit Rechnungen, und ich habe es ihm schon einmal gesagt, er macht einen Fehler bei dem Versuch. Er macht quasi den Studentenlehrgang, den Studentinnenlehrgang. Er müsste aber mit den Grundrechnungsarten in der Volksschule anfangen, weil vorher kann man nicht volkswirtschaftliche Lesungen halten. Manche hier im Haus tun sich schwer mit dem Addieren und Subtrahieren und das lernt man am Anfang und nicht auf der Hochschule und nicht auf der Uni und deswegen passt es oft nicht zusammen, was man da herinnen macht. Ich berichtige nicht zum 57. Mal, dass ich überhaupt noch nie eine Sozialleistung beantragt oder in Anspruch genommen habe, weil das wissen Sie eh selber. Machen wir es ein anderes Mal außerhalb des Landtags. Wiederholen Sie das noch einmal, nehmen Sie die Zettel und Dokumente mit und dann treffen wir uns woanders, weil da herinnen kann man das leider nicht widerlegen. Wir sind da im Landtag. Sie sind hier immun. Aber sagen Sie es noch einmal genauso, wie Sie es hier gesagt haben, ist es auf jeden Fall nicht zum ersten Mal falsch, sondern zum wiederholten Male. Und wenn man etwas wiederholt falsch sagt, sagt der Volksmund – wie es heißt, hier herinnen verwende ich das Wort, ich weiß, nicht nie wieder, einmal heute nicht, weil heute will ich keinen Ordnungsruf. Ich verwende es nicht, aber was der Volksmund zu Ihnen sagen würde, das wissen Sie. Ich höre da lieber auf die Leute draußen als auf die Leute auf dieser Seite da. (Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: *Das merkt man ja normalerweise!* - Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke grundsätzlich für diese Wortmeldungen, möchte aber ganz generell darauf hinweisen: Wir haben bisher eine maßvolle Verhandlung geführt und ich würde bitten, dass wir im Sinne der bisherigen Festlegungen von der Präsidiäle gestern bei dieser Übung bleiben. Es besteht ein bisschen die Gefahr, dass das niveaumäßig abgeleitet.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abg Mag Dr Kappel.

Abg Mag Dr Barbara **Kappel** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich werde mich bemühen, das Niveau der Sitzung weiterhin hoch zu halten und sachlich zu bleiben. Es hat mich sehr gefreut, dass sich Herr Dipl-Ing Margulies vor mir zu Wort gemeldet hat, weil es immer gut ist, auf Sie zu replizieren. Von den zwei Berichtigungen einmal ab-

gesehen, greifen Sie viele Inhalte auf und ich schätze Sie als Kollegen. Auf Grund dieser Wertschätzung darf ich nochmals aus Ihrer Rede von vor zwei Jahren zum Thema Tarifreform zitieren: „Die Tarifreform ist eine Sauerei.“ – sagten Sie und Sie erhielten dafür einen Ordnungsruf. Es tut mir leid, dem ist eigentlich auch aktuell nichts hinzuzufügen. Vor zwei Jahren wurde die Tarifreform von Ihnen kritisiert und jetzt, 2011, gibt es eine neuerliche Tarifreform, an deren Inhalt sich nichts geändert hat. Sie senken damit die Kaufkraft und Sie belasten die Bürger – das haben die Wienerinnen und Wiener wirklich nicht verdient und dagegen kämpfen wir Freiheitliche an. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Dipl.-Ing. Margulies, wenn Sie behaupten, dass wir an alle Haushalte falsch berichten würden, weil wir in „Wir Wiener“ geschrieben hätten, der Einzelfahrschein koste 2,40 EUR – ja, das stimmt, das haben wir falsch berichtet, weil wir nicht wussten, wann Sie mit Ihren Verhandlungen mit den Roten fertig sein werden. Dabei haben Sie sich in Wirklichkeit entblößt, um bei den Tarifen für die öffentlichen Verkehrsmittel einen Nachlass zu bekommen. Also, ich korrigiere das. Wir haben leider mit dem Redaktionsschluss nicht bis zu Ihrem Verhandlungsende warten können. *(Heiterkeit bei GRÜNEN und SPÖ.)* Ich korrigiere vor folgendem Hintergrund: Der Einzelfahrschein kostet nun scheinbar nicht 2,40 EUR, sondern nur 2 EUR. Von 1,80 EUR auf 2 EUR, das ist immerhin auch eine Erhöhung um 11 Prozent. Ich gratuliere Ihnen zu dieser Erhöhung des Einzelfahrscheins. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die entscheidende Frage des Vorredners aber ist: Wie wollen wir unsere Anträge finanziell rechtfertigen und finanzieren? Ich sage Ihnen, was heute auch schon ein Vorredner angesprochen hat, nämlich Herr Klubobmann Aichinger: Es ist ganz einfach! Das Zauberwort heißt Sparen und ausgabenseitige Sanierung. Wir wollen eine Verwaltungsreform, eine Reform des Subventions- und Förderwesens, eine Pensionsreform und eine Gesundheitsreform! Dann können wir locker über die 300 Millionen EUR reden. Sie haben nämlich inhaltlich recht, wenn Sie sagen, dass es immer schwieriger wird, den Stabilitätskriterien zu entsprechen. Ich stimme Ihnen da völlig zu, das ist schwer. Nur, wir müssen es ausgabenseitig angehen, so wie es im Bund jetzt versucht wird. Wir müssen es ausgabenseitig angehen, dann können wir die nötigen Einsparungen erreichen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich war letzte Woche persönlich betroffen von der Aussage eines Sozialdemokraten, nämlich des Betriebsrates des GM-Werkes Aspern, der sagte, es sei unbedingt notwendig, dass die Kollegen eine Lohnerhöhung von 5,5 Prozent bekommen müssten und es deshalb auch zu Warnstreiks kommt. Also dass es unbedingt notwendig ist, eine hohe Lohnerhöhung zu bekommen, weil ein durchschnittlicher Metalller 1 200 EUR netto im Monat verdient und es deshalb für die Leute nicht möglich ist, jetzt am Jahresende die Betriebskostennachzahlungen zu leisten. Betriebskostennachzahlungen, die umso höher ausfallen, je höher die Tarife durch die sogenannte Tarifreform nach dem Valorisierungsgesetz

ausfallen. Sie haben die Wienerinnen und Wiener alleine durch Ihre Tarifreform, durch Ihre Valorisierung, heuer mit zusätzlich 200 EUR im Jahr belastet. Deshalb können sich Metalller geringere Abschlüsse nicht mehr leisten, weil Sie die Leute mit 1 250 EUR in den letzten 5 Jahren belastet haben. Es waren 68 Erhöhungen, die Sie vorgenommen haben, im heurigen Jahr alleine um 200 EUR. Deshalb braucht es Lohnvereinbarungen, die hoch sind. Und Sie sollten ein soziales Gewissen haben und sollten auf diese Menschen schauen, und alleine aus dem sozialen Gewissen heraus sollten Sie auf die Valorisierung verzichten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf noch ein paar Punkte anführen, denn schließlich wird hier so getan, als handle es sich um keine Tarifreform und keine Erhöhung, sondern einzig um eine Senkung der Tarife für den öffentlichen Verkehr.

Sie wissen, dass Fernwärme mit 1. September um 8,2 Prozent erhöht wurde.

Sie wissen, dass die Gasgebühren bereits das zweite Mal erhöht wurden. Im April um 9 Prozent und im Oktober wurden sie noch einmal um 5,5 Prozent erhöht.

Sie wissen, dass die Abfallgebühren erhöht wurden und die Kanalgebühren ebenfalls.

Es stieg die Parkometerabgabe an und das Wasser wurde um 33 Prozent teurer.

Das ist heute mehrfach angesprochen worden. Wien ist jene Stadt Österreichs mit den höchsten Wassergebühren des ganzen Landes. Wir haben ein gutes Wasser, aber 33 Prozent Erhöhung sind ein schlechtes Signal in schwierigen Zeiten - und die Zeiten sind schwierig!

Wenn heute gesagt wurde, dass wir Freiheitlichen keine internationalen Medien lesen, sondern nur unsere eigenen Zeitungen, dann sage ich Ihnen: Sie versuchen, das immer so ein wenig herabwürdigend abzutun, aber: Ich habe keine Angst vor der Zukunft! Ich lese österreichische und internationale Medien. Machen Sie sich also keine Sorgen um das Bildungsniveau der Freiheitlichen. Schauen Sie nach in Ihren Statistiken, wer was hat. Schauen Sie einfach nach und erst dann sollten Sie weiterreden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Gehaltsverhandlungen - ich sprach es an - bringen für einen Metalller jetzt Gott sei Dank 4,2 Prozent Lohnerhöhung. Damit müssen eine 3,6-prozentige Inflation und Ihre Gebührenerhöhung abgegolten werden; in Wirklichkeit ist es eine geringe Erhöhung. Besonders tragisch ist die Tariferhöhung aber vor dem Hintergrund der Armutssituation in Wien.

Sie wissen, dass 100 000 Wienerinnen und Wiener heute von der Notstandshilfe leben. Sie wissen, dass jeder sechste Wiener heute unter der Armutsgrenze lebt.

Sie wissen - und Klubobmann Gudenus hat es heute schon gesagt -, dass Kinder in Wien einer um 70 Prozent höheren Armutsgefährdung ausgesetzt sind als Kinder im Rest Österreichs.

Und Sie wissen, dass es in Wien 200 Straßenkinder gibt. Das ist unsozial und alleine vor dem Hintergrund fordern wir, dass es keine neuerliche Erhöhung und keine neuerliche Belastung der Wiener Bürgerinnen und Bürger geben darf! *(Beifall bei der FPÖ.)* Wir setzen uns für die Verbesserung der Situation der Wiener Bürger

ein. Wir wollen keine zusätzliche Valorisierung.

Und wenn von der Regierung beziehungsweise von Vertretern der Regierungsparteien gesagt wird, es würden von unserer Seite keine konstruktiven Vorschläge kommen, wie die Krise zu bewältigen sei, so antworte ich Ihnen Folgendes: Sie wissen, dass das nicht wahr ist!

Allein der Kollege Margulies hat heute schon einige Anträge zitiert, die wir hier eingebracht haben, denen Sie aber bedauerlicherweise nie zustimmten. Wir haben heute den dritten Antrag auf Aussetzung des Valorisierungsgesetzes eingebracht. Den ersten am 1. Juni, als wir gesagt hatten, die Valorisierung schaffe 150 Millionen EUR jährlich an zusätzlichen Kosten, 125 davon allein für die Wiener Wirtschaft. Den zweiten Antrag im Rahmen der Sondersitzung vom 23. September und den dritten Antrag auf Aussetzung der Valorisierung haben wir heute eingebracht. Sagen Sie also nicht, dass wir keine Sacharbeit leisten!

Wir haben auch zwei Misstrauensanträge gegen Frau StRin Brauner eingebracht, weil wir der Meinung sind, dass die Schuldenexplosion, wie wir sie in Wien sehen, unerträglich ist. Alleine im letzten Jahr hat die Gemeinde einen Schuldenanstieg von 64 Prozent verzeichnen müssen, in den letzten 5 Jahren waren es über 100 Prozent. Der Bund hat im Vergleich dazu die Schuldenquote um 28 Prozent gesenkt. Ich möchte deshalb auf Frau Berger-Krotsch replizieren: Ihr „sensationelles Schuldenmanagement“, so, wie Sie es sagten, ich sehe es leider nicht! Vielleicht sind Sie die Einzige, die es sieht. Ich sehe es nicht.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch noch die Spekulationen ansprechen. Auch das ist ein Punkt, den wir immer wieder kritisiert haben - inhaltlich kritisiert haben! Wir haben gesagt, dass es uns wesentlich zu viel ist, dass auf der Ebene der Gemeinde Wien die Schulden zu 51 Prozent in Fremdwährung gemacht werden. 51 Prozent Schweizer-Franken-Schulden, die alleine im letzten Jahr mit 240 Millionen wertberichtigt werden mussten. Und es stimmt nicht, wenn Sie sagen, dass es hier keine Berichtigungen gab. Richtig ist vielmehr, dass im Rechnungsabschluss 2010 dafür 240 Millionen ausgewiesen wurden. Richtig ist aber auch, dass wir im Rechnungsabschluss 2011 eine höhere Summe sehen werden. Lassen wir uns überraschen, wie sich der Schweizer Franken entwickeln wird. Aber: Es werden zumindest 267 Millionen EUR, wenn die Mindestgrenze zum Euro halten wird. Also sagen Sie nicht, dass es nichts gibt! Selbstverständlich sind hier Wertberichtigungen gemacht worden und Sie wissen das ganz genau.

Der dritte Punkt, auf den ich noch eingehen möchte, das ist der Bereich der Haftungen. Ein Thema, das sicherlich noch die eine oder andere Sondersitzung in Anspruch nehmen wird. Sie wissen, die Gemeinde Wien haftet - laut Rechnungsabschluss 2010 - nach wie vor mit 9,6 Milliarden EUR für die Bank Austria. Die gesamte UniCredit Group ist zum aktuellen Aktienkurs 14 Milliarden EUR wert und Wien haftet mit 9,6 Milliarden! Rechnen Sie sich einmal aus, was das für die Zukunft bedeutet. Rechnen Sie sich aus, dass die UniCredit eine Kapitalerhöhung aus eigenen Mitteln auf Grund der Finanzsi-

tuation und des Downgradings Italiens nicht schaffen wird. Was nichts anderes heißt, als dass wir bald damit konfrontiert sein werden, dass die UniCredit einen Käufer für die Bank Austria oder Teile der Bank Austria suchen wird müssen. Darüber reden wir aber zu einem späteren Zeitpunkt, jetzt möchte ich jedoch schon aufzeigen, dass wir mit dieser Situation konfrontiert sein werden.

Wir haben in der letzten Sondersitzung zwei Beschlussanträge eingebracht. Das waren ein Beschlussantrag auf Neuregelung des städtischen Finanzmanagements und ein Beschlussantrag, in dem wir gefordert haben, dass die Gemeinde Wien keine Spekulationen mehr vornehmen darf. Dazu stehen wir! Sie hingegen haben das abgelehnt. Wir Freiheitliche sind gegen Spekulationen und gegen Verlustgeschäfte auf der Ebene der Gemeinde Wien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was wären jetzt also konkret die Inhalte? Wie könnte man diese Krise, diesen Schuldenanstieg, dieses Missmanagement bewältigen? Ich sagte es schon zu Beginn: Wir verlangen Reformen in der Verwaltung der Stadt und bei den kommunalen Förderungen und Subventionen. Ebenso fordern wir Reformen im Gesundheits- und Pensionssystem. Nur so lassen sich die 300 Millionen EUR, die jetzt im Zuge der Valorisierung auf die Bürger überwälzt werden, bewältigen.

Und welche sind die Kritikpunkte? Wir wollen, dass im Rechnungswesen der Stadt eine transparente Darstellung über die finanzielle Lage der Situation der Stadt gemacht wird. Das heißt: Eine Vermögens- und Ergebnisrechnung, die auch die ausgegliederten Einheiten berücksichtigt. Wir wollen, dass die Organisationsstruktur des Magistrats reformiert wird und wir wollen, dass die Kameralistik reformiert wird, weil sie für uns viel zu wenig Aussagekraft hat.

Ebenso im Förder- und Subventionswesen: Hier gibt es keine zentrale Datenbank, in der die Förderungen erfasst werden. Es gibt keine Zielvereinbarungen. Uns ist das viel zu wenig transparent. Es gibt viele überschneidende Förderbereiche und Parallelitäten, die man wesentlich verbessern könnte.

Ähnlich sieht es im Gesundheitswesen aus: Wir sind der Meinung, dass das Finanzierungsübereinkommen der Stadt Wien mit dem KAV überarbeitet werden muss. Generell müsste die Situation der dualen Finanzierung, nämlich der ambulanten Betten und Pflegebetten, überdacht werden. Aber dazu werden sich unsere Gesundheitsexperten noch in der entsprechenden Form äußern.

Zuletzt noch zur Pensionsreform. Wien hat die Pensionsreform 2000 immer noch nicht umgesetzt! Sie wissen, dass heute auf der Ebene des Bundes 36 Prozent der Ausgaben allein in die Bedienung von Pensionen und Zinsen fließen. In Wien wird es etwas niedriger sein, trotzdem hoch. Pensions- und Zinslasten nehmen uns jeglichen Handlungsspielraum. Das heißt, wir müssen hier Reformen einleiten und diese Reformen sind dringend!

Meine Damen und Herren, unterstützen Sie uns in unserem Kampf gegen diese Valorisierung! Unterstützen Sie uns, dass diese Tarifreform nicht umgesetzt wird und unterstützen Sie uns in unseren zukünftigen Forderungen!



gen nach Einführung eines gerechteren Steuersystems! Nehmen Sie sich ein Herz, kämpfen Sie mit uns gemeinsam gegen die Armut in Wien und gegen diese Tarifreform! (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Johann **Herzog**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Abg Frank zum Wort gemeldet. Die Redezeit beträgt drei Minuten.

Abg Henriette **Frank** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident!

Frau GRin Schubert hat gemeint oder gesagt, dass die Fernwärmegrundgebühren deutlich gesenkt würden und hat auch ein Beispiel angeführt. Ich muss ehrlich gestehen, im ersten Impuls war ich auch sehr erfreut darüber, war es doch ein sehr, sehr intensiver Antrag vom Herrn Landtagspräsidenten Herzog und mir, dass es nicht angehen kann, dass man drei Viertel der Kosten allein für Grundgebühren verwendet und lediglich ein Viertel für den Spielraum der Einsparungen verlangt. Wir haben uns mittlerweile bei der Fernwärme erkundigt, wie diese Sachlage nun aussieht. Die Fernwärme meinte, man sei hier einer Fehlinformation aufgesessen. Es kann von einer Reduzierung der Grundgebühr nicht die Rede sein. (Abg Mag Wolfgang Jung: *Hört! Hört! Vielleicht kann man das aufklären!* - Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Holzmann. Ich erteile es ihm.

Abg Ernst **Holzmann** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Landtages!

Es wurde heute bereits schon sehr vieles gesagt. Von der Opposition, wie wir es ja gewohnt sind, wurde alles schlechtgeredet und schlechtgemacht, dramatisch dargestellt, mit Prozentzahlen gespielt. Von den Vertretern der Regierungsfractionen wurden abermals die Fakten aufgezeigt, die die Notwendigkeit der Anpassungen von Abgaben und Gebühren erläutert. Wir nehmen die Verantwortung wahr, damit Wien weiterhin in puncto Lebensqualität führend bleibt. Dazu zählt unter anderem eine gut funktionierende Abfallwirtschaft, eine garantierte Versorgung mit Trinkwasser in Topqualität sowie eine entsprechende Abwasserentsorgung beziehungsweise Abwasserreinigung. Dass das auf der einen Seite Geld kostet, ist uns allen klar. Was aber auch ganz wichtig ist, auf der anderen Seite werden dadurch Arbeitsplätze geschaffen beziehungsweise gesichert.

Mir ist schon klar, die Opposition braucht keine Verantwortung für das Funktionieren der Stadt übernehmen. Dennoch wäre etwas mehr Ehrlichkeit und Respekt gegenüber den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt angebracht, die ihren Beitrag zur Toplebensqualität unserer Stadt leisten. Schließlich soll diese Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ja nicht ehrenamtlich erfolgen. Eine entsprechende Entlohnung beziehungsweise Abgeltung ist für uns ein wichtiges Anliegen und Teil unserer Verantwortung für unser schönes Wien.

Das Recht der Opposition, eine Sitzung des Landtages zu verlangen, finde ich als Sozialdemokrat richtig und wichtig. Mit dem heutigen Thema „Ende der SPÖ/Grünen Belastungspolitik – Aus für das Wiener

Valorisierungsgesetz“ stellt sich für mich jedoch die Frage: Wo gibt es ein Ende beziehungsweise einen Anfang, wenn keine Belastungspolitik gemacht wird? (Heiterkeit bei Abg Mag Wolfgang Jung.)

Zur Untermauerung die Frage nochmals: Durch die Gebühren und Abgaben werden vielfältigste öffentliche Dienstleistungen für die Wienerinnen und Wiener sichergestellt und finanziert: Von der Wasserversorgung mit natürlichem Quellwasser in Topqualität, um welches uns sehr viele Städte der Welt beneiden, über eine verantwortungsvolle Abwasserentsorgung beziehungsweise Abwasserreinigung bis hin zur Müllentsorgung, wo wir auch ein wesentliches Augenmerk auf Müllvermeidung und Mülltrennung legen, um die gute Qualität möglichst budgetschonend für die Wienerinnen und Wiener aufrechterhalten zu können. Damit diese Dienstleistungen weiterhin in hoher Qualität sichergestellt werden können, ist eine Anpassung der Gebühren in gewissen Abständen notwendig. Dafür auch das Valorisierungsgesetz.

Der Begriff Belastungspolitik, Thema der heutigen Sitzung, ist aus meiner Sicht jedoch eine Themenverfehlung, denn die Politik, die wir in Wien gemeinsam mit dem Koalitionspartner machen, ist eine verantwortungsvolle Sicherungspolitik. (Beifall bei der SPÖ.) Eine Sicherungspolitik für den Erhalt unserer ausgezeichneten Lebensqualität in Wien, eine Sicherungspolitik zur Sicherung von kommunalen Dienstleistungen mit hoher und höchster Qualität für alle Wienerinnen und Wiener. Wir sorgen dafür, dass durch entsprechende Investitionen und Erhaltungsarbeiten die wichtigen Dienstleistungen auch in Zukunft für alle leistbar und garantiert sind. Wie bereits gesagt, die Zahlen, die Prozentzahlen, klingen möglicherweise wirklich sehr dramatisch. Wenn wir uns jedoch noch einmal die absoluten Zahlen ansehen, relativiert sich schon so manches.

Betreffend den Abfall wird es künftig ein Plus von 25 Cent pro Entleerung eines Mistkübel geben und damit ein Preis von 4,24 EUR verrechnet. Beim Wasser – wir haben es heute schon mal gehört – betrifft das pro Person und Monat einen Betrag von 1,70 EUR. Was heute auch hier schon unrichtig gesagt wurde, Wien hat nicht die teuersten Wassergebühren dieses Landes. Beim Kanal sind es 11 Cent pro Kubikmeter Abwasser. Also die Zahlen klingen schon etwas anders, wenn ich da von Prozenten spreche, aber nicht berücksichtige, dass es zum Teil schon 15 Jahre oder länger her ist, wo Gebühren angehoben wurden. Sicherlich wünscht sich niemand Gebührenerhöhungen. Wenn damit jedoch weiterhin Dienstleistungen in gewohnt hoher Qualität erbracht und garantiert werden, stößt diese Maßnahme auf ein sehr hohes Verständnis bei den Wienerinnen und Wienern. Wir sind auch der Garant dafür, dass diese kommunalen Dienstleistungen, diese wichtigen Dienstleistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge weiterhin in öffentlicher Hand bleiben. Eine Privatisierung, wie sie immer wieder von Teilen der Opposition gefordert wird, steht für uns nicht zur Diskussion.

Vielleicht auch ein paar Fakten und Zahlen: Wien Kanal mit einem öffentlichen Kanalnetz von mehr als 2 400 km bewältigt mit ihren rund 500 Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern pro Jahr 200 Millionen Kubikmeter Abwasser. Mehr als 700 Kanalbaustellen werden jährlich zur Erhaltung und Reparatur des öffentlichen Kanalnetzes durchgeführt. Täglich werden etwa 15 Tonnen abgelagertes Material aus dem Kanalsystem geräumt und umweltgerecht entsorgt. Als Simmeringer Mandatar möchte ich auf das Kanalmaßnahmenpaket hinweisen, wo in Zukunft 30 Millionen EUR dafür investiert werden, damit die Simmeringerinnen und Simmeringer bei Starkregenereignissen wieder ruhiger schlafen können. Mit einem neuen Speicherbecken und 2 Transportkanälen sowie mit der Nutzung der ehemaligen Kläranlage Blumental im 23. Bezirk werden in den nächsten 3 bis 4 Jahren rund 55 Millionen Liter zusätzliches Speichervolumen geschaffen.

Noch kurz zur Abfallwirtschaft: Trennung bringt's. Jährlich werden etwa 130 000 t Altpapier, 16 000 t Altmittel und 100 000 t Biomüll getrennt. Aus der gesammelten Menge Altglas können oder könnten 60 Millionen Mineralwasserflaschen produziert werden. 40 Prozent der Abfälle werden bereits getrennt. Mit der Inbetriebnahme der Müllverbrennungsanlage Pfaffenau im September 2008 ist gemeinsam mit den bestehenden Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau auch die Entsorgungssicherheit für Wien garantiert. Auch hier sieht man, dass Simmering das Umweltzentrum der Stadt ist. Die erzeugte Fernwärme der Müllverbrennungsanlage Pfaffenau entspricht wiederum dem Jahresverbrauch von zirka 50 000 Wiener Haushalten mit Fernwärme und 25 000 Haushalten mit Strom.

Zur Wasserversorgung. Das Leitungsnetz ist bereits 3 000 km lang. Auch um dieses zu erhalten und die Qualität der Versorgung zu sichern, braucht es Gebühren. Jeder Wiener, jede Wienerin verbrauchen täglich durchschnittlich 130 l Wasser. Durchschnittlich gelangen 7 000 l Abwasser über das Wiener Kanalnetz in die Hauptkläranlage Simmering und das in jeder Sekunde. Das ergibt jährlich eine gewaltige Menge von über 200 Millionen Kubikmetern, die in der Hauptkläranlage biologisch geklärt werden.

Noch kurz zu dem Antrag der Freiheitlichen Partei, die eine kräftige Tarifsenkung der Öffis fordert. Wir haben eine kräftige Senkung bereits beschlossen. Das wurde heute schon gesagt. Die Jahreskarte wird künftig bei Barzahlung 365 EUR statt bisher 449 EUR kosten. Das entspricht einem Minus, wenn ich jetzt auch einmal die Prozentzahlen verwenden darf, von etwa 19 Prozent. Auch das, glaube ich, kann sich sehen lassen. Auch die Monatskarte wird um etwa 10 Prozent billiger werden.

Zum Abschluss nochmals: Wir machen keine Belastungspolitik, wir machen Sicherungspolitik für den Erhalt unserer ausgezeichneten Lebensqualität in Wien. Wir machen Sicherungspolitik zur Sicherung der Dienstleistungen mit hoher und höchster Qualität für alle Wienerinnen und Wiener.

Ich stehe auf Wien. Und ich stehe zu den notwendigen Gebühreanpassungen zur Erhaltung der Lebensqualität in Wien. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist die

Frau Abg Vana. Ich erteile es ihr.

Abg Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte abschließend nur kurz zum Antrag der Freiheitlichen Stellung nehmen, der heute für einen Mindestlohn in Wien eingebracht wird, den man ja als reinen Populismus und eigentlich als nicht ernst zu nehmend bezeichnen muss, denn allein schon der Antragstext ist ohne einen richtigen Adressaten. Was heißt „Mindestlohn in Wien“? Meinen Sie den Wirkungsbereich der Stadt Wien, wie es die GRÜNEN bereits vor einem Jahr gefordert haben, nämlich 1 500 EUR Mindestlohn für jeden öffentlich Bediensteten im Wirkungsbereich der Stadt Wien? Oder meinen Sie für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Wien, was die GRÜNEN auch gefordert haben? Aber dann gehört es nicht hierher, sondern an die Bundesregierung, das wissen Sie, als Aufforderung an die Bundesregierung, hier für einen gesetzlichen Mindestlohn im Ausmaß von 1 500 EUR zu sorgen.

Aber die Chuzpe ist ja, dass Sie den Antrag, den Sie heute stellen, von uns einfach abgeschrieben haben, vom Kollegen Margulies, der ihn damals in der Rechnungsabschlussdebatte gestellt hat. Und wir haben viele weitere davor auch in diesem Haus auf europaweite Mindestlöhne und so weiter gestellt, denn dort spielt sich eigentlich die Debatte ab, die wir auch hier im Bereich der Löhne führen sollen. Diesen Antrag, den Sie heute stellen, haben Sie erst vor einem Jahr in diesem Haus abgelehnt! Ich will jetzt gar nicht das Protokoll zitieren, was Sie damals alles gesagt haben, warum das alles nicht geht, warum es zu teuer ist, warum wir das nicht machen können. Sie haben den eigenen Antrag, den Sie heute stellen, abgelehnt! Und das ist ja wohl ein Witz!

Genauso wie Sie sämtliche Vorstöße der GRÜNEN auf Bundesebene im Nationalrat in dieser Frage erst kürzlich verhindert haben, nämlich auf einen gesetzlichen Mindestlohn in Österreich, den wir dringend brauchen, um Armut zu verhindern in diesem Land, denn es gibt sehr, sehr viele Menschen, wie es heute richtig gesagt wurde, die in diesem Land weniger als die Existenzschwelle verdienen, weniger als 1 500 EUR oder auch 1 300 EUR, je nach Berechnungsart, jedenfalls sind 1 300 EUR eigentlich der Mindestlohn der Armut. Das ist dringend notwendig, auch für viele Berufsgruppen in dieser Stadt. Ja, wir können da viele aufzählen, die derzeit weniger oder knapp an 1 500 EUR verdienen in dieser Stadt: KindergartenassistentInnen, Reinigungspersonal, Amtsgehilfinnen, GärtnerInnen, Heim- und PflegehelferInnen, SchneearbeiterInnen oder auch im Callcenter von Wiener Wohnen. Und das alles werden wir uns anschauen in dieser rot-grünen Regierung, aber nicht jetzt auf einen Ad-hoc-Antrag, sondern im Rahmen einer umfassenden Besoldungsreform, die für diese Stadt notwendig ist, die wir diskutieren, wo die Frage der Mindestlöhne, aber auch die Frage der Höchstlöhne und der Lohnspreizung insgesamt eine wichtige Rolle spielen werden. Es wird Ihnen, liebe FPÖ, nicht gelingen, sich als die soziale Heimatpartei darzustellen, die Sie nicht

sind. Sie vertreten die sogenannten kleinen Leute da unten nicht. Sie vertreten das Weltbild einer kleinen, sehr autoritär gesinnten Gruppe, wenn man sich Ihre Zusammensetzung aus Freiberuflern, Beamten, Polizei, Justizwache, Militär anschaut. Und Sie sind eigentlich für den größten Sozialabbau in der Geschichte der letzten Jahre verantwortlich, wie Sie in der Regierung waren. Ich will Ihr Sündenregister in der Sparpolitik, allein dass Sie zum Beispiel die Abschaffung aller Kollektivverträge gefordert haben, daran kann ich mich noch erinnern, das war einmal eine Ihrer Forderungen ... völlig irr. Oder Nachtarbeitsverlängerung für Lehrlinge. Das wissen wir alles in diesem Haus, dass Sie da in dieser Frage komplett unglaubwürdig sind. Das lassen wir uns einfach nicht gefallen. Nein zu Ihrem Antrag. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Abg Mag Gudenus zum Wort gemeldet. Die Redezeit beträgt drei Minuten.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ich darf kurz auf meinen geschätzten Kollegen Klubobmann Ellensohn eingehen, der hier gesagt hat, dass Klubobleute, und das ist mir schon wichtig, weil es da ein Gesetz gibt zu erwähnen, keinen Anspruch auf einen Dienstwagen haben.

Ich darf Ihnen das Wiener Bezügegesetz ans Herz legen, das einmal zu studieren und zu lesen, was da drinnen steht. Das wäre, glaube ich, Ihre Aufgabe als Klubobmann gewesen, sich damit auseinanderzusetzen. Ein Dienstwagen steht laut § 9 - hier wird verwiesen auf § 3 - dem Landeshauptmann, dem Landeshauptmann-Stellvertreter, den amtsführenden Stadträten, dem Landtagspräsidenten, dem stellvertretenden Landtagspräsidenten und dem amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrates zu. Das heißt, Ihre Aussage, den Klubobleuten würde ein Dienstwagen zustehen, diese Aussage ist nicht richtig. Ich kann Ihnen das Wiener Bezügegesetz sehr ans Herz legen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Die nächste Wortmeldung liegt bei Abg Ing Rösch. Ich erteile es.

Abg Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Präsident! Werter Landtag!

Ich bin ja wirklich verblüfft über die GRÜNEN. Ich meine, Grün ist eine Farbe, aber hier habe ich eher an ein Chamäleon gedacht, Chamäleon-Politik. Belastungschönredner für die SPÖ, das ist auch eine Aufgabe in einer Politik. Sie wird euch nur nicht glaubwürdig machen.

Was werden 300 000 Menschen in Wien, die in Armut leben, dazu sagen, dass Sie rechtfertigen, dass alles teurer wird? Dass manches teurer wird, damit kann man ja noch leben. Aber massiv teurer wird, spürbar teurer wird? Wir dürfen nicht vergessen, 17,1 Prozent liegt Wien im Bundesschnitt über der Armutsgrenze der anderen Bundesländer, also Wien führt deutlich die Liste der Armen an. Aber Wien schafft es auch deutlich, die Gebührenabgaben und Tarife zu erhöhen. Schauen Sie in die Bundesländer! Sagen Sie mir da heraußen, wer wesentlich mehr Belastungen für seine Mitbürger hat als

Wien? 100 000 Vollzeitbeschäftigte, 40 Stunden, 38,5 Stunden, leben in Armut. 100 000 Jugendliche leben in Armut und können dadurch keiner ordentlichen Ausbildung nachgehen, weil sie eben in den Familienstrukturen und, und, und nicht die notwendige Unterstützung bekommen. Denen erzählen Sie allen, dass es ganz wichtig ist, dass alles so viel teurer wird, und das bei Überschüssen.

Wir erinnern uns: 20 Jahre Kaufkraftverlust trotz intakter Volkswirtschaft haben dazu geführt (*Abg Mag Thomas Reindl: Wir erinnern uns an Schwarz-Blau!*), dass mittlerweile schon 62 Prozent Abgabenbelastungen stattfinden und zwar nicht bei den Superreichen, sondern beim Mittelstand, weil 47 Prozent nicht in der Lage sind, Steuern zu zahlen. Aber nicht, weil sie es nicht wollen, sondern weil sie es nicht können, weil sie so wenig verdienen. Denen erzählen Sie, warum die ganzen Gebührenbelastungen und so weiter in diesem Ausmaß so toll sind. Das hätte ich gerne von Ihnen da heraußen gehört, warum man das alles nicht kann. Keine Belastungschönreden. Oder vielleicht dann irgendwann nur mehr daran denken, dass man von Radniederlegung zu Radniederlegung wandert und glaubt, das ist eine gute Politik.

Ich erinnere noch einmal: 33 Prozent beim Wasser, 8 Prozent bei den Parkscheinen, 6 Prozent bei den Müllgebühren, das sind also 60 EUR, 5 EUR, 20 EUR und, und, und. Jetzt haben wir noch gar nicht Gas, Mieten und so weiter dazugerechnet. In den letzten 5 Jahren 40 Prozent beim Gas, 20 Prozent beim Strom, 30 Prozent beim Parkpickerl, 27 Prozent beim Müll, 35 Prozent beim Kanal, Mieten und, und, und. Also die Liste, die wir zuerst gehört haben, ist ja irre lang und dem müssen wir irgendwann einmal auch Einhalt gebieten, indem wir ganz einfach sagen, wir sind ja hier politische Fraktionen, die sich da überlegen müssen, wie sie die Geschicke des Landes lenken und sind nicht einfach nur Kaufleute. Natürlich muss das irgendwie zusammengehen, dass es finanziert wird. Aber wir wissen, dass es auch andere Lenkungsinstrumente gibt und da wird man halt einmal beim Sparen auch nachdenken dürfen. Das hätte ich von den GRÜNEN eigentlich wesentlich mehr eingefordert, als nur bei den Belastungen mitzugehen. (*Abg Godwin Schuster: Wo würde die FPÖ sparen? Wo würde denn die FPÖ sparen?*)

Wir wollen keine Finanztricks. Ich werde das dann noch ausführen, aber es gibt vieles. Ich meine, wir brauchen nicht einmal selber etwas erfinden. Wir brauchen ja nur beim Rechnungshof einmal schauen, die Kritiken, die vielen, von der hohen Politik herunter, die Gesundheitspolitik, die ganzen Überschneidungen zwischen den Ländern. (*Abg Godwin Schuster: Selber sagen, nicht zitieren! Selber sagen!*)

Aber ich will jetzt nicht in die Gesundheitspolitik gehen, weil das nicht Tagesthema ist. (*Abg Godwin Schuster: Was in der Gesundheitspolitik würde die FPÖ einsparen?*) Heute sind die Finanztricks der SPÖ und der GRÜNEN Thema und diese Finanztricks wollen wir nicht mehr zulassen. Wir fordern Belastungsstopps. *(Beifall bei der FPÖ.)* Die Finanztricks kann ich Ihnen auch sa-

gen. Wir haben sogar auf den Sparbüchern 25 Prozent Kapitalertragssteuer. Das ist eine Kapitalsverluststeuer, weil wir in Wirklichkeit nicht einmal so viele Zinsen kriegen. Sie können sogar auf Verluste noch Steuern draufgeben. *(Abg Godwin Schuster: Rechnen können Sie auch nicht! Also rechnen können Sie auch nicht!)* Das ist eine tolle Politik und die wollen Sie jetzt verkaufen? Na glauben Sie, dass die Bürger draußen das nicht überlauern, wenn sie immer weniger Geld in der Tasche haben, wenn sie immer mehr Kaufkraft verlieren? Das glauben Sie doch wirklich nicht! Das soll eine soziale Politik sein? Das ist eine reine Einnahmenpolitik! *(Aufregung bei Abg Godwin Schuster. - Beifall bei der FPÖ.)*

Eine logische Folge können nur die Senkungstarife, wie sie schon gefordert wurden, als Lenkungsinstrument sein. Sie glauben doch nicht, dass das bisserl, das Sie da jetzt gesenkt haben, nur damit Sie Ihr Alibi als GRÜNE bei der SPÖ haben, dass Ihnen das irgendwer abnimmt? *(Abg Godwin Schuster: Probieren wir es noch einmal: Wo würden Sie einsparen?)* Sie glauben doch nicht wirklich, dass das so lukrativ ist, dass man deswegen vom Auto auf das Fahrrad umsteigt, wo wir zuerst gehört haben, wir wollen nur mehr auf die öffentlichen Verkehrsmittel gehen und die Fahrräder jetzt auch zurückdrängen, wenn ich richtig aufgepasst habe, ja. Aber okay *(Aufregung bei Abg Mag Thomas Reindl.)*, das mag vielleicht ein Versprecher gewesen sein oder es ist die nächste Drohung, mag schon sein. *(Abg Godwin Schuster: Nicht plaudern! Nicht plaudern!)*

Und die Erhöhung der Mindestlöhne in Wien, da können wir voranschreiten, wir würden die ... *(Aufregung bei Abg Godwin Schuster.)* Wissen Sie, wenn wir die Mindestlöhne erhöhen, dann kann ich Ihnen nur sagen, kommt mehr Kaufkraft in die Tasche und dann hätte allein der Finanzminister sofort 20 Prozent Umsatzsteuer dazu. Die Mindestbezieher sind nicht die, die ihr Geld irgendwo ins Ausland verfrachten, sondern das sind die, die direkt in den Konsum investieren. Das sind direkt die, die den Kaufhäusern, die den ganzen Dienstleistern und so weiter das Geld geben, um überleben zu können, um Arbeitsplätze zu schaffen. Das interessiert Sie alles nicht. Sie sind nur interessiert daran, dass Sie überall abzocken, wenn Sie irgendwann Geld brauchen, weil Sie es ganz einfach verplant und verbockt haben.

Deswegen bringen wir zwei Beschlussanträge dazu ein, dass die Tarife ganz einfach gesenkt werden, das Lenkungsinstrument bei den Wiener Linien, und dass es einen fairen Lohn gibt und einen Mindestlohn von 1 500 EUR. Ich übergebe das und bitte, das abzustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir werden schon noch bei den GRÜNEN sehen, wie transparent die Politik ist. Ihre Politik ist nämlich schon so transparent, dass man sie nicht mehr sieht! Vielleicht kommt es dann irgendwann mit dem Hohegger wieder hoch. Das würde mich jetzt interessieren. Ihr werdet dagegen stimmen, dann seid ihr so transparent, dass ihr weg seid, dann braucht ihr nichts mehr reden. Das ist so! *(Aufregung bei Abg Godwin Schuster. - Beifall bei der FPÖ.)* Bitte um Zustimmung.

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist

Herr Abg Niedermühlbichler. Ich erteile es.

Abg Georg **Niedermühlbichler** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zu dem komme, was ich eigentlich ursprünglich sagen wollte, noch kurz auf die Frau Abg Mag Dr Kappel. Sie haben da gesagt, Sie haben zugegeben, dass die 2,40 EUR falsch waren. No na net, das ist jetzt auch amtlich, dass es eben nicht stimmt. Aber was mich schon ein bisschen wundert, ist Ihr Umgang mit Informationen an die Bürger. Da ist halt das noch nicht ausverhandelt, Sie wissen noch nicht, was herauskommt und dann schreibt man halt einfach mal 2,40 EUR rein, schickt das an 6 000 Haushalte in Wien und sagt, das wird dann stimmen oder nicht und dann genügt es, wenn man sich am Landtag hinstellt und sich entschuldigt! Also wenn Sie das bei anderen Themen auch so machen, und ich vermute das stark, dann sieht man, wie mit Ihrer Glaubwürdigkeit zu rechnen ist, nämlich gar nicht. Also mit dieser flapsigen Art und Weise haben Sie sich disqualifiziert *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* und es ist den Wienerinnen und Wienern zu empfehlen, sich genau anzuschauen, was Sie da behaupten. Da ist vieles einfach falsch.

Der Herr DDr Schock hat zu Beginn der SPÖ und den GRÜNEN Doppelbödigkeit vorgeworfen, die es hier angeblich gibt. Das kann ich so nicht stehen lassen, zumindest nicht, ohne auch darauf hinzuweisen, wie schaut es denn bei der FPÖ tatsächlich aus? Wir haben ja eine Presseaussendung vom 13.10. gehabt, wo der Herr Klubobmann der FPÖ, Herr Gudenus, ankündigt, welche Anträge er einbringen wird und drei davon sind ja eingebracht worden. Und dann geht es um den vierten Antrag, den er hier einbringen wollte: „Um Wohnen wieder erschwinglich zu machen, müssen die Maklerprovisionen auf maximal zwei Monatsmieten begrenzt werden.“ Gut. Die Information, die Sie vorher gehabt haben, zeigt wieder, wie Sie sich vorinformieren. Der Kollege Stürzenbecher hat dann eine Presseaussendung gemacht und darauf hingewiesen, dass das bereits vor einem Jahr umgesetzt wurde. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Sehr gut! Bravo!)* Sie haben sich das angeschaut, das ist wahrscheinlich der zweite Fehler, auf den Sie draufgekommen sind. Sie haben sich die Blamage erspart, diesen Antrag einzubringen. Sie können sich beim Dr Stürzenbecher bedanken. Das wäre auch durchaus einen Applaus wert.

Aber auch hier ist natürlich die Frage: Wie gehen Sie denn mit Informationen um? Wie recherchieren Sie? Wenn Herr Dr Stürzenbecher diese Presseaussendung nicht gemacht hätte - was ich zwar ein bisschen schade finde, weil dann hätten wir jetzt ein bisschen mehr diskutieren können, wenn der Antrag tatsächlich gekommen wäre -, dann hätten Sie diesen Antrag eingebracht, ohne sich vorher zu informieren. Also man sollte sich, wenn man Informationen weitergibt, vorher informieren. Das tun Sie offensichtlich nicht!

Jetzt komme ich zu dem Punkt der Doppelbödigkeit: Als vor eineinhalb Jahren von Bundesminister Mitterlehner per Verordnung erlassen wurde, dass die Maklerpro-

visionen von drei auf zwei Monatsmieten gesenkt werden, haben viele positiv darauf reagiert. Von der FPÖ habe ich keine einzige positive Presseaussendung dazu gefunden, dass die Kosten für wohnungssuchende Menschen massiv gesenkt werden. Keine einzige. Aber was ich gefunden habe und worauf wir auch repliziert haben, ist, es gibt einen Herrn Mag Dr Elmar Dirnberger. Einigen oder den meisten von Ihnen hier im Haus wird er nichts sagen. Die FPÖ wird ihn schon kennen. Herr Mag Dr Dirnberger ist nämlich Mitglied der FPÖ. Er ist auch stellvertretender Vorsitzender des Freiheitlichen Akademikerverbandes für Wien, Niederösterreich und Burgenland. Und er war 2009 bei der EU-Wahl auf dem zwölften Platz der FPÖ-Liste. Also offensichtlich ein nicht unbeschriebenes Blatt in der FPÖ, ein FPÖ-Funktionär. Dieser FPÖ-Funktionär hat auf die Senkung der Maklerprovisionen per Presseaussendung reagiert. Und zwar in einer Art und Weise, die eigentlich unglaublich ist, dass er Überschriften schreibt: „Der Herr Mitterlehner ohne Hosen“, dass er sich im Ton vergreift, gut, das sind wir von vielen in der FPÖ gewöhnt, das wäre noch nichts Besonderes -, aber dass er dann schreibt: „Österreichische Makler können weiterhin drei Monatsmieten Provision vom Mieter verlangen.“, dass er dann schreibt, seine Freunde und er werden das auch tun, und dass er dann schreibt, und das möchte ich jetzt zitieren: „Jeder Makler mit Selbstbewusstsein wird sogar unabhängig von der Vertragsdauer auch künftig 3 - in Worten drei - Monatsmieten Provision vom Mieter verlangen. Sollte sich dieser“ - dann in Anführungszeichen - „juristisch beschweren“ - juristisch beschweren, keine Rechtsmittel dagegen einbringen - „wird sein“ - wieder in Anführungszeichen - „Anliegen“ vor den Europäischen Gerichtshof zur Entscheidung gebracht und dieser“ - wieder unter Anführungszeichen - „Mieter“ - ich frage mich, was diese Anführungszeichen immer sollen, sind das Menschen zweiter Klasse oder was soll das bedeuten? - „...hat wohl bei nicht sofortigem Bezahlen die Kosten bis dahin selbst zu tragen.“ - Das heißt, was macht er? Nichts anderes, als dass er sagt: „Wir verlangen drei Monatsmieten. Wenn es dir nicht passt, ist uns jede Verordnung, jedes Gesetz wurscht! Wenn es dir nicht passt, gehe zum Europäischen Gerichtshof! Das wirst du dir eh nicht leisten können! Und alles, was zur Kostensenkung gemacht wird, interessiert mich einen feuchten Kehricht!“ (*Abg Mag Thomas Reindl: Hört, hört!*)

Das ist die Politik der FPÖ! Von diesem Herrn werden Sie sich nicht distanzieren können, weil das war weit nach Knittelfeld, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich kann die wohnungssuchenden Menschen beruhigen. Es ist Gott sei Dank nicht so, dass man zum Europäischen Gerichtshof gehen muss. Die Kautionsrückerstattung ist ins Außerstreitverfahren gestellt worden. Das heißt, man kann zu einer Mieterschutzorganisation gehen und das einreichen. Das machen auch viele, und wir gewinnen zum Schutz dieser Menschen all diese Verfahren. Das heißt, wir sparen den Menschen wirklich Geld. Wir werden solchen Machenschaften einen Riegel vorstellen.

Zum Abschluss, meine sehr geehrten Damen und Herren von der FPÖ, solange Sie solche Funktionäre in Ihren Reihen dulden, ist Ihr Aufschrei bezüglich Belastung von Menschen vollkommen unglaublich! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Mahdalik zu einer tatsächlichen Berichtigung. Ich erinnere an die Redezeit von drei Minuten.

Abg Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte nur eine Aussage vom Kollegen Niedermühlbichler tatsächlich berichtigen beziehungsweise in ein rechtes Licht rücken, fahrscheintechisch nämlich.

Wir haben, und nicht nur in dieser Zeitschrift, sondern über viele Monate, immer wieder davor gewarnt, wenn SPÖ und GRÜNE den Einzelfahrschein von 1,80 EUR auf 2 EUR in die Höhe schnalzen, dass dann der Fahrzeugfahrschein, also direkt im Bus oder in der Bim gekauft, 2,40 EUR kosten kann oder kosten wird. Ich habe den Meldungen der Zeitungen in den letzten Tagen entnommen, dass die Wiener Linien gesagt haben, voraussichtlich bleibt er bei 2,20 EUR, was auch nicht gerade wohlfeil ist und viele Leute, vor allem ältere Menschen, von der Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln abhält, weil sie es sich einfach nicht leisten können.

Also voraussichtlich bleibt er bei 2,20 EUR. Voraussichtlich mache ich am Samstag den Vierfachjackpot (*Abg Godwin Schuster: Fünffachjackpot!*), vielleicht aber auch nicht. Es steht also noch nicht fest, dass SPÖ und GRÜNE den Einzelfahrschein, der direkt im Fahrzeug zu erwerben ist, nicht auf 2,40 EUR in die Höhe schnalzen. Das möchte ich hiermit tatsächlich berichtigen.

Wenn das Ganze schwarz auf weiß auf dem Papier steht, können wir weiterreden. Aber vorher sind das ungelegte Eier.

Kollege Niedermühlbichler, bitte bei der ganzen Wahrheit bleiben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Hebein. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Werte Gäste!

Jetzt machen wir eine Berichtigung einer Berichtigung, die keine Berichtigung war. - Originell!

Ich lese aus Ihrer Zeitung vor: „Jetzt wird aber der Einzelfahrschein weiter verteuert und schon bald satte 2,40 EUR kosten, und das im Vorverkauf. Wer in der Bim oder im Bus ein Ticket löst, wird wahrscheinlich 2,80 EUR ablegen müssen.“ - Schlichtweg gelogen! (*Abg Mag Thomas Reindl: Na so etwas! Münchhausen ist das, glaube ich!*)

Jetzt kommen wir zum eigentlichen Thema zurück. Wir werden Armut nicht bekämpfen, indem wir uns hier hinstellen und gescheite, furchtbar gescheite, furchtbar übergescheite Reden halten. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Dann machen Sie es nicht! - Abg Johann Herzog: Selbsterkenntnis!*) Damit bekämpfen wir keine Armut! (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Mit Gebührenerhöhungen auch nicht!*)

Wenn die FPÖ jetzt die Armut oder arme Menschen entdeckt hat, dann sei ihr gesagt: Wenn Sie konkrete Möglichkeiten haben, die Armut zu bekämpfen, dann tun Sie es einfach! Aber Sie machen das Gegenteil!

Ja, es gibt armutsgefährdete, arme Kinder in Wien. Deshalb haben wir einen guten Schritt gemacht und haben die Kindermindestsicherung für die Kinder um 70 EUR erhöht. Was machen Sie? Sie lehnen es ab! Es ist Ihnen scheißegal! (*Abg Mag Wolfgang Jung: Oh! Ein Pfui-Wort!*) Entschuldigung! Es ist Ihnen wurscht, völlig wurscht, ob der Kühlschrank in den Haushalten voll ist oder nicht! Es ist Ihnen egal! Und dann stellen Sie sich hier hin und sagen: „die armen Menschen!“, „diese Rot-Grünen!“. Mit diesen Reden erreichen Sie gar nichts! Das ist keine Armutsbekämpfung! Sie benützen hier arme Menschen für Ihre Politik! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Konkret heißt das, eine Alleinerzieherin mit drei Kindern erhält in Wien 16 000 EUR Mindestsicherung im Jahr. Dort, wo die FPÖ theoretisch etwas zu sagen hätte oder auch praktisch zu sagen hat, wie leider in Kärnten, sind es um 3 000 EUR weniger. Das sind dann die praktischen Beispiele einer FPÖ! Das ist dann die Praxis, was Armutspolitik oder Armutsbekämpfung im Alltag bedeutet!

In Wien haben wir viele Möglichkeiten, viele Ideen oder viele Projekte beschlossen, die dem entgegenwirken sollen. Wenn es im Sommer am Nachmittag eine Ferienbetreuung gibt, dann ist das eine Erleichterung für Familien, vor allem für Frauen, ihrer Arbeit nachzugehen und das Familieneinkommen zu erhöhen. - Von der FPÖ abgelehnt!

Wenn wir uns überlegen, wie das mit der Betreuung am Nachmittag ist, welchen Wert Ganztagssschulen haben, was das für die Zukunft der Kinder bedeutet, ein Stück weit aus der Armut herauszubrechen, wenn wir das fördern und unterstützen, wer lehnt das ab und polemisiert dagegen? - Das ist die FPÖ!

Insofern könnten wir da jetzt ewig lange reden. Lange Rede, kurzer Sinn: Taten statt Worte, FPÖ! - Auf Wiedersehen! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Der Frau Kollegin Hebein ist ein Wort aus dem Mund entsprungen, für das sie sich auch entschuldigt hat. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Zwei!*) Ich erteile ihr dafür auch keinen Ordnungsruf. In der Hektik ihrer Rede ist ihr das entkommen. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Und die „Lüge“?*)

Ich ersuche die Frau Kollegin Hebein, das Wort Lüge nicht zu verwenden, sondern dass diese Feststellung unrichtig ist. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Aha! Da gibt es nichts bei den GRÜNEN!*) Es ist unrichtig - das werden Sie zugeben -, denn der Preis ist nicht der, den Sie in Ihrer Zeitschrift angegeben haben. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Was ist mit den Grünen?*)

Ich ersuche, auch bei der nächsten Rede darauf zu achten, das Wort Lüge nicht zu verwenden. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist die rote Vorsitzführung! Überparteilich!*)

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte

ist somit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschluss- und Resolutionsanträge.

Eingebracht wurde ein Beschlussantrag der Landtagsabgeordneten Mag Johann Gudenus und Freunde/Freundinnen betreffend Gebührenerhöhung, Valorisierungsgesetz Ende 2011 aufzuheben. Die sofortige Abstimmung ist verlangt. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die ÖVP, die Freiheitliche Partei und der klubunabhängige Mandatar Dr Aigner, somit die Minderheit. Somit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Antrag, eingebracht von den ÖVP-Abgeordneten Dr Fritz Aichinger, Mag Alexander Neuhuber, Ing Isabella Leeb betreffend Aussetzung der Gebührenerhöhung auf Grund der Valorisierungsautomatik. Auch hier ist die sofortige Abstimmung verlangt. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Abgeordneten der ÖVP, der Freiheitlichen Partei und der klubunabhängige Mandatar Dr Aigner, somit die Minderheit. Somit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Eingebracht wurde der nächste Antrag von den FPÖ-Landtagsabgeordneten Mag Johann Gudenus, Mag Wolfgang Jung und Henriette Frank, betreffend Freifahrt für SchülerInnen, Lehrlinge und Studierende. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Abgeordneten der ÖVP, der Freiheitlichen Partei und der klubunabhängige Mandatar Dr Aigner, somit die Minderheit. Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Beschlussantrag der Landtagsabgeordneten Mag Johann Gudenus und Freunde/Freundinnen betreffend Einführung eines neuen Tarifmodells für die Wiener Linien. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Abgeordneten der ÖVP, der Freiheitlichen Partei und der klubunabhängige Mandatar Dr Aigner. - Das ist die Minderheit. Somit wurde auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Beschlussantrag der Landtagsabgeordneten Mag Johann Gudenus, Rudolf Stark, Univ-Prof Dr Eisenstein und Mag Dr Barbara Kappel betreffend Mindestlohn im Wirkungsbereich der Stadt Wien, eingebracht zur formellen sofortigen Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Abgeordneten der Freiheitlichen Partei und der klubungebundene Mandatar Dr Aigner, somit die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche einen schönen Tag.

(*Schluss der Sitzung um 12.16 Uhr.*)